



Antworten der im Landtag vertretenen Fraktionen auf die Wahlprüfsteine der Verbraucherzentrale Hessen zur Landtagswahl am 18. Januar 2009

Im Folgenden haben wir die uns zugegangenen Antworten auf unsere Fragen unkommentiert veröffentlicht. Unsere Fragen sind im folgenden Text in Kurzfassung dargestellt. Die ausführlichen Fragen und unsere Erläuterungen dazu finden sie [hier](#).

Wir danken allen Verantwortlichen, die sich trotz Wahlkampfstress die Zeit für die Beantwortung unseres doch recht umfangreichen Fragenkataloges genommen haben. Weitergehende Informationen finden sich in den jeweiligen Wahlprogrammen.

Zukunftsfähige und wirksame Konzepte für die Verbraucherpolitik

Mit welchen verbraucherpolitischen Leitlinien werden Sie in die nächste Legislaturperiode gehen?

SPD – Landesverband Hessen:

„Die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher muss gestärkt werden. Dazu gehört zum Einen die politische Ausgestaltung von Verbraucherpolitik, auf die im Laufe der Fragen zurückzukommen ist, aber auch die ausreichende finanzielle Ausstattung der unabhängigen Verbraucherberatung, die wir deutlich aufstocken werden.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Moderne Verbraucherpolitik ist aus Sicht der GRÜNEN eine zentrale Aufgabe der Politik auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Verbraucherpolitik dient der Nachhaltigkeit, sie sichert die Interessen des Individuums, schützt Gesundheit und Leben. Moderne Verbraucherpolitik bietet aber auch Chancen für die Wirtschaft und hilft Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Von mündigen Verbrauchern und Verbraucherinnen profitiert die Wirtschaft. Umfassend und unabhängig informierte Verbraucher und Verbraucherinnen haben Vertrauen in die Produkte die sie kaufen und sind deshalb gute Wirtschaftspartner.

Grundlage für einen effektiven Verbraucherschutz ist für Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine unabhängige und umfassende Information. Verbraucheraufklärung und Transparenz stärken die Entscheidungskompetenz des Einzelnen, fördern die Selbstbestimmung und unterstützen den Wettbewerb. Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wissen, woher die Produkte kommen und wie sie erzeugt wurden. Siegel und Qualitätszeichen wie z.B. das Bio-Siegel oder das Zeichen Fair Trade sind hier nützliche Orientierungshilfen.

Folgende Grundsätze stehen für uns GRÜNE bei der Verbraucherpolitik im Mittelpunkt: vorsorgender Schutz von Gesundheit und Sicherheit sowie



Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher; Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung von Verbraucherinnen und Verbrauchern.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP setzt auf den mündigen Verbraucher. Dieser bedarf eines besonderen Schutzes. Verbraucherschutz muss sich einerseits immer an der Entscheidungsfreiheit der Verbraucher orientieren. Andererseits braucht er einen ordnungspolitischen Rahmen, in dem nachteilige Entwicklungen, die vom Verbraucher nicht selbst zu steuern sind, vermieden werden. Der beste Verbraucherschutz liegt in der eigenverantwortlichen und mündigen Entscheidung des Einzelnen. Verbraucherinformation ist somit ein integraler Bestandteil einer funktionierenden Marktwirtschaft, nur informierte Verbraucher können kluge Entscheidungen für sich und ihre Familien treffen.

Grundlage eines funktionierenden und effektiven Verbraucherschutzes ist vor allem die Bildung und Information der Verbraucher, insbesondere durch die betroffenen Unternehmen und bereits in der Schule. Eigeninitiative und Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zum Verbraucherschutz sowie Bildung und Aufklärung der Verbraucher bereits in der Schule sind zu unterstützen. Voraussetzungen für mehr Transparenz und Marktwirtschaft in heute noch von Monopolen und Oligopolen geprägten Branchen, insbesondere im Bereich der Grundversorgung bei Gas, Wasser und Strom sind zu schaffen. Die Kontrollen von Produkten, insbesondere im Lebensmittelbereich, sind in ausreichender Zahl sicherzustellen. Auch ist es Ziel der FDP, sich für ein einheitliches Verbraucherschutzniveau innerhalb der Europäischen Union einzusetzen, um den Verbraucherschutz im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr zu gewährleisten.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Im Mittelpunkt unserer Verbraucherschutzpolitik stehen informierte und mündige Bürgerinnen und Bürger, die verantwortungsvolle Entscheidungen beim Kauf von Lebensmitteln und anderen Gütern eigenverantwortlich treffen können. Hierzu wollen wir ihnen die dafür erforderlichen Informationen an die Hand geben. Staatliche Bevormundungen lehnen wir ab.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wir fordern die Festlegung eines Informationsanspruchs über alle verbraucher-relevanten Sachverhalte gegenüber der Wirtschaft. Ganz umfassend müssen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher als Konsumenten von Sach- und Dienstleistungen, als Vertragspartner in einer Vielzahl von Verträgen des täglichen Lebens und als Adressaten von behördlichen Vorschriften und hoheitlichen Handeln gestärkt werden. Flankierend dazu müssen die wissenschaftlichen Einrichtungen, welche auf den föderalen Ebenen die Politik in Fragen des Verbraucherschutzes beraten, stets personell und materiell so ausgestattet und unabhängig gestellt sein, dass sie in vollem Umfang den wechselnden Herausforderungen gewachsen sind.“

Werden Sie sich für die Beibehaltung des Verbraucherschutzministeriums und – über die bereits bestehenden Gremien (z.B. Verbraucherschutzbeirat) hinaus – für die Einrichtung eines parlamentarischen Landtagsausschusses für Verbraucherschutz mit klar definierten Kompetenzen einsetzen?

SPD – Landesverband Hessen:

„Verbraucherpolitik ist kein Politik-Nebenfeld, sondern muss deutlich aufgewertet werden. Parlamentsausschüsse kontrollieren allerdings in der Regel das entsprechende Ministerium. Es geht daher eher um eine Aufwertung des Verbraucherschutzes als eine Querschnittsaufgabe.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Bereits auf Bundesebene waren die GRÜNEN diejenige Partei, die unter Verantwortung der damaligen Bundesministerin für Verbraucherschutz, Renate Künast, dafür gesorgt hat, dass der Verbraucherschutz endlich aus der Nische geholt wurde und einen hohen Stellenwert erhalten hat. Daraufhin wurde auch in Hessen der Verbraucherschutz im Umweltministerium angesiedelt. Wir GRÜNE werden uns in Hessen dafür einsetzen, dass es weiterhin ein Ministerium für Verbraucherschutz gibt und dass in diesem Ministerium das Thema Verbraucherschutz gegenüber dem jetzigen Zustand deutlich gestärkt wird.“

Die Einrichtung von Landtagsausschüssen richtet sich nach dem jeweiligen Zuschnitt der Ministerien. Auch in diesem parlamentarischen Gremium werden wir uns dafür einsetzen, dass das Thema Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert erhält.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP setzt sich selbstverständlich dafür ein, dass einem Ministerium und entsprechend einem parlamentarischen Landtagsausschuss die Aufgabe des Verbraucherschutzes klar zugewiesen wird.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„In der 16. Wahlperiode des Hessischen Landtags wurden unter unserer Regierungsverantwortung erstmals in Hessen die Zuständigkeiten für Verbraucherschutz in einem Ressort gebündelt. Da sich dies in unseren Augen bewährt hat, sehen wir keinen Anlass dafür, die bestehenden Zuständigkeiten erneut aufzugliedern. Die Landtagsausschüsse sind in bewährter Weise an den Aufgaben der korrespondierenden Ministerien ausgerichtet, so dass es wenig Sinn ergibt, einen weiteren Ausschuss zu etablieren.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wir halten die Gliederung der Ministerien für ausreichend, um eine zukunftsfähige Verbraucherpolitik zu gewährleisten. Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik müssen zusammen „gedacht“ und organisiert werden. Aber auch die anderen Ministerien müssen die Belange des Verbraucherschutzes stärker in ihre Politik einbeziehen. Hier fehlt es der hessischen Politik bisher an einer koordinierten Vorgehensweise. Ob ein zusätzlicher Ausschuss diese Koordinierung in die Wege leiten könnte, ist zweifelhaft. Deshalb können wir uns für diesen Vorschlag (noch) nicht erwärmen.“

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich alle Ministerien verbraucherpolitische Ziele – Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe – setzen, Maßnahmen entwickeln und fördern?

SPD – Landesverband Hessen:

„Ja, siehe oben.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Aus unserer Sicht ist Verbraucherschutz eine Querschnittsaufgabe, die in allen Ressorts und Fachbereichen entsprechend berücksichtigt werden muss. Dafür werden wir uns einsetzen.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Verbraucherschutz ist über die klare Kompetenzzuweisung an ein Ministerium hinaus eine Querschnittsaufgabe, die sich in allen Ressorts widerspiegeln muss.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die Anregung, dass sich alle Ministerien verbraucherpolitische Ziele setzen, würde Ihrer Aussage im Eingangsstatement, wonach eine effektive Verbraucherpolitik klare Verantwortlichkeiten erfordert, widersprechen. Wir halten es für sinnvoller, dass die Verbraucherschutzaufgaben vom zuständigen Verbraucherschutzministerium zentral wahrgenommen werden. Sollten bei bestimmten Fragestellungen weitere Ressorts betroffen sein, so werden diese vom Verbraucherschutzministerium in angemessener Weise beteiligt, um den Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe zu erfüllen.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wie in der vorangehenden Frage ausgeführt, ist die fachübergreifende Verbraucherpolitik das Ziel unserer politischen Anstrengungen. Ähnlich wie die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte mit jedem Gesetzentwurf präsentiert werden müssen, halten wir die Offenlegung der Auswirkungen auf die Verbraucher für essentiell.“

Wird zukünftig z.B. bei Lebensmittelskandalen aktive Informationspolitik - mit Nennung der betroffenen Anbieter - betrieben?

SPD – Landesverband Hessen:

„Es wird eine aktive Informationspolitik geben, allerdings mit einer Sicherung gegen Fehlinformationen.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Mit der Verabschiedung des Verbraucherinformationsgesetzes wurden die rechtlichen Grundlagen für eine aktive Informationspolitik in den Ländern geschaffen. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass diese Möglichkeiten für eine Verbesserung der Verbraucherinformation durch die zuständigen Behörden offensiv genutzt werden. So können und sollen Untersuchungsergebnisse zum Beispiel von Pestizidbelastungen oder die verantwortlichen Unternehmen bei Lebensmittelskandalen möglichst schnell im Internet nachlesbar oder über eine speziell eingerichtete Behördennummer abrufbar sein.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP setzt sich vehement für eine aktive Informationspolitik bei Lebensmittelskandalen ein, um die Verbraucher zu schützen. Die Vielzahl der Gammelfleischskandale zeigt, dass Maßnahmen wie eine Nennung der betroffenen Anbieter sowie eine Erhöhung der Strafen erforderlich sind, um derartige kriminelle Machenschaften zu ahnden.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Mit dem Verbraucherinformationsgesetz wird den Verbraucherinnen und Verbrauchern wesentlich mehr Transparenz zugesprochen. Das Land Hessen wird unter unserer Regierungsverantwortung sicherstellen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher ihren gesetzlich geregelten Anspruch auf Informationen ausüben können. Dies gilt nicht nur für Lebensmittelskandale, sondern gleichermaßen für sämtliche Gegenstände des täglichen Bedarfs wie zum Beispiel Kosmetika, Wasch- und Reinigungsmittel, Kleidung, Spielwaren etc.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Es ist Aufgabe des Staates, die Bevölkerung vor Gefahren zu beschützen. Insofern ist die Aufklärung der Bevölkerung bei Lebensmittelskandalen (und ähnlichem) eines der politischen Ziele der Linken. Emanzipatorische Politik bedeutet für uns, dem Verbraucher die Möglichkeit zu geben, aufgrund transparenter Rahmenbedingungen sich für oder gegen bestimmte Produkte zu entscheiden.“

Wie sollen Verbraucher an Informationen der Überwachungsbehörden kommen? Was soll dies den Verbraucher kosten?

SPD – Landesverband Hessen:

„Die Verbraucher sollen diese Informationen kostenlos erhalten. Die Informationen über die Überwachungsbehörden können nur aus schwerwiegenden Gründen eingeschränkt werden.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Aus unserer Sicht könnte eine spezielle Internetseite aufgebaut werden, auf der alle aktuellen und wichtigen Informationen und Untersuchungsergebnisse zum Thema Sicherheit von Lebensmittel und Bedarfsgegenständen abrufbar sind. Wir werden prüfen, inwieweit eine zentrale behördliche Anlaufstelle in Hessen eingerichtet werden kann, die eingehende schriftliche Anfragen direkt an die entsprechenden Stellen weiterleitet. Zu prüfen wäre ebenfalls, ob eine bundesweit geltende Behördentelefonnummer eingerichtet werden kann, über die Verbraucherinnen und Verbraucher an die entsprechenden Stellen weitergeleitet werden.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, einen möglichst kostengünstigen Zugang zu wichtigen Verbraucherinformationen zu gewähren. Hohe Kosten dürfen nicht dazu führen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vom Zugang zu Informationen ausgeschlossen werden.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Es müssen ein möglichst unverzüglicher Informationszugang bzw. eine kurze Verfahrensdauer gewährleistet werden. Die Gebühren für die Informationsbeschaffung durch



die Bürger soll so niedrig wie möglich gehalten werden. Die Informationsfreiheitsrechte dürfen nicht durch unangemessen hohe Gebühren untergraben werden.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Mit unserem Internetportal „Verbraucherfenster“ haben wir ein Instrument geschaffen, welches den mündigen Verbraucher mit neutralen und breit gefächerten Informationen versorgt. Dieses kann selbstverständlich auch zur Erfüllung der Anforderungen aus dem Verbraucherinformationsgesetz ohne weiteres genutzt werden.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Alle Informationen, die den Behörden vorliegen, müssen umgehend und umfassend an die Bevölkerung weiter gegeben werden. Informationen über gute Produkte dürfen nicht eine Frage des Preises sein. Insofern lehnen wir zusätzliche Kosten für die Bevölkerung ab.“

Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Verbraucherzentrale Hessen ausreichend gesicherte Finanzmittel für den Erhalt ihrer Leistungsfähigkeit und den Ausbau ihrer Kontaktwege (Beratungsstellen, Email-Beratung) erhält?

SPD – Landesverband Hessen:

„Ja. Diese haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder erfolglos im Landtag beantragt. In Regierungsverantwortung werden wir die Ausstattung deutlich verbessern.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Ja, wir wollen die Verbraucherzentrale Hessen (VZH) finanziell besser ausstatten, um ihre hervorragende Leistungsfähigkeit und die kompetente sowie unabhängige Beratungstätigkeit zu erhalten und weiter auszubauen. Für die Landeshaushalte der vergangenen Jahre und auch für den Haushalt 2008 haben wir bereits eine Erhöhung des Budgets der VZH um jeweils eine Million Euro gefordert. Alle Anträge wurden leider von der CDU-Mehrheit abgelehnt.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Verbraucherzentrale Hessen im Rahmen der allgemeinen Haushaltslage angemessen finanziell unterstützt wird.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„In unserem Wahlprogramm haben wir niedergelegt, dass wir die Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Hessen und des Deutschen Hausfrauenbundes unterstützen wollen. Durch gesteigerte Effizienz in Verbindung mit verbesserter Kooperation untereinander wird gegenüber früheren Zeiten ein effektiverer Einsatz finanzieller Mittel gewährleistet. Mit den neun Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Hessen (VZH) und den sieben Beratungsstellen des Deutschen Hausfrauenbundes wird ein landesweites breit gefächertes Informationsangebot bereitgestellt. Im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2008 haben wir den Etat der VZH um 20.000 € für die Beratung im Bereich der Stromtarife aufgestockt. Trotz des aktuell noch fehlenden Haushalts 2009 ist sichergestellt, dass die VZH als bisherige Begünstigte auch im kommenden Jahr eine Förderung des Landes erhalten wird. In den Haushaltsberatungen ist eine erneute Er-

höhung des Ansatzes durchaus vorstellbar und wird von uns angestrebt. Dies kann aber erst zugesagt werden, wenn der Finanzplan verbindlich vorliegt.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Dazu ein klares Ja.“

Was halten Sie von der Forderung einer sukzessiven Aufstockung der institutionellen Zuwendung auf 0,50 € pro Einwohner bis 2020?

SPD – Landesverband Hessen:

„Die Mittel müssen deutlich erhöht werden, Ihre aktuelle Forderung nach einer schrittweisen Aufstockung der institutionellen Zuwendung, die sich von der 1-Euro-Forderung unterscheidet, ist eine gute Gesprächsgrundlage.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Die derzeit ausgegebenen öffentlichen Mittel für die Verbraucherzentrale Hessen sind aus Sicht der GRÜNEN viel zu gering. Die von der VZH anvisierte sukzessive Aufstockung der institutionellen Förderung von 0,50 Euro pro Einwohner bis 2020 halten wir für erforderlich und erreichbar. Die von uns während der Haushaltsberatungen beantragte Aufstockung des Budgets der VZH zielt in dieselbe Richtung. Damit hätten wir in 2008 bereits einen Wert von ungefähr 0,42 Euro pro Kopf der Bevölkerung erreichen können.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Dies gilt es im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten zu überprüfen.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Mit der oben beschriebenen Aufstockung des Zuschusses haben wir dokumentiert, dass wir flexibel auf steigende Beratungsaufgaben reagieren. Wie bereits angeführt, wird die Frage einer Erhöhung der Fördermittel in die Haushaltsberatungen eingebracht. Hier können wir uns einen sukzessiven Ausbau durchaus vorstellen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen kaum überschaubar sind, lassen sich aber derzeit keine seriösen und verlässlichen finanziellen Zusagen für einen 10-Jahreszeitraum machen.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die Verbraucherberatung muss auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Inwiefern dafür 50 Cent bis 2020 ausreichend sind, muss noch genau berechnet werden.“

Mit welchen Initiativen wollen Sie die Verbraucherzentrale Hessen bei deren Bemühungen um zusätzliche, die Unabhängigkeit der Organisation während alternative Finanzierungsformen unterstützen?

SPD – Landesverband Hessen:

„Wir können uns eine Kampagne zur gemeinsamen Werbung persönlicher Mitglieder vorstellen.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Wie bereits erwähnt, wollen wir die VZH finanziell besser mit Landesmitteln ausstat-



ten. Weitere alternative Finanzierungsformen werden wir gerne in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale prüfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich außerdem dafür einsetzen, dass zwischen Bund und Ländern ein abgestimmtes tragfähiges Finanzkonzept entwickelt wird, um die Verbraucherzentralen der Länder nicht jedes Jahr erneut den Unwägbarkeiten der öffentlichen Haushalte auszusetzen, sondern stattdessen eine hohe Stetigkeit in der Finanzierung des Verbraucherschutzes zu erreichen.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP setzt sich insgesamt für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale Hessen ein.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Alternative, haushaltsunabhängige Finanzierungsinstrumente, die gleichzeitig die Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale Hessen als Organisation wahren sollen, liegen letztlich auch im Interesse des Landesgesetzgebers. Daher wollen wir die VZH gerne bei Ihren diesbezüglichen Bemühungen unterstützen und stehen konstruktiven Vorschlägen offen gegenüber.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die Arbeit der Verbraucherzentralen kann nicht davon abhängig gemacht werden, inwiefern sie in der Lage sind, die entstehenden Kosten durch Drittmittel zu finanzieren. So positiv die Einnahmen durch die Veröffentlichung von Ratgebern sind, dürfen diese nicht die Grundlage der Finanzierung der Beratungstätigkeit sein.“

Lebensmittelsicherheit, regionale und gesunde Produkte

Wie wollen Sie die ausreichende personelle Ausstattung der Landesbehörden gewährleisten?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Für eine effiziente Lebensmittelüberwachung brauchen wir schlagkräftige Strukturen und eine ausreichende Zahl von gut ausgebildeten und gut ausgestatteten Lebensmittelkontrolleuren und -kontrolleurinnen. Wir sind der Auffassung, dass derzeit zu wenig Personal vorhanden ist, um den steigenden Anforderungen in der Lebensmittelüberwachung gerecht zu werden. Deshalb haben wir bereits in den letzten Jahren und auch für den Haushalt 2008 Anträge gestellt, die das Budget der Landräte für die personelle und technische Verbesserung der Lebensmittelüberwachung um jeweils drei Millionen Euro aufstocken.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Durch eine entsprechende finanzielle Förderung setzt sich die FDP dafür ein, dass die personelle Ausstattung der Landesbehörden für die Wahrnehmung aller ihnen obliegenden Aufgaben den Verbraucherschutz betreffend gewährleistet ist.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die Landesbehörde ist personell ausreichend ausgestattet, so dass die fachaufsichtlichen Anforderungen erfüllt werden können. Den Kommunen wurde die Durchführung

der Aufgaben des Verbraucherschutzes vor Ort anvertraut. Hierzu wurde ihnen ausreichend Personal übertragen und die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt. Um den Nachwuchs im Bereich der Lebensmittelkontrolle sicher zu stellen, hält das Land ein qualifiziertes Fortbildungsangebot bereit, welches gut nachgefragt wird. Ergänzend streben wir zur Unterstützung der behördlichen Lebensmittelüberwachung an, dass die Lebensmittel verarbeitenden Betriebe gemeinsam mit den Wirtschaftspartnern ein System der freiwilligen Selbstkontrolle einrichten und über eine entsprechende Dokumentation dem Verbraucher eine größtmögliche Transparenz gewähren.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die Linke fordert die Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors. Damit wird im Rahmen unseres Konjunkturprogramms die Ausstattung der Landes- und Kreisbehörden verbessert werden können.“

Wie soll die Unabhängigkeit und Qualität der kommunalen Kontrolleure sichergestellt werden?

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Durch eine ausreichende Zahl an Lebensmittelkontrolleuren sowie durch eine Öffnung der Kontrollen für private Kontrolleure will die FDP sicherstellen, dass ausreichendes Personal im Bereich der Lebensmittelkontrollen zur Verfügung steht, sodass unabhängige Kontrollen gewährleistet werden können.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Trotz Verlagerung der Lebensmittelekontrolle auf die kommunale Ebene behält das Land weiterhin die Fachaufsicht und definiert die Standards, nach denen die Kontrollen durchzuführen sind, in Qualitätshandbüchern und Pflichtenheften. Um die Unabhängigkeit der Kontrolleure sicherzustellen, hat sich das bereits in Hessen angewandte Rotationsprinzip bewährt. Obwohl nicht verbindlich vorgeschrieben, wird auch das Vier-Augen-Prinzip in Hessen regelmäßig dann durchgeführt, wenn dies aufgrund der Gesamtumstände geboten erscheint.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Unabhängigkeit kann nur gewährleistet werden, wenn die Finanzierung durch die öffentliche Hand erfolgt. Qualität kann nur dann erreicht werden, wenn sichergestellt wird, dass die Aus- und Fortbildung der Kontrolleure regelmäßig erfolgt.“

Planen Sie eine unabhängige Auditierung der Länderüberwachungen um deren qualitative Gleichwertigkeit mit anderen Ländern sicherstellen?

SPD – Landesverband Hessen (Zu den drei letzten Fragen):

„Die Kommunalisierung der Lebensmittelüberwachung war ein Fehler, sie hat vorhandene Strukturen zerschlagen und die Koordinationsfähigkeit der zuständigen Behörden reduziert.

Wir wollen wenigstens eine Evaluierung der Arbeit der Lebensmittelüberwachung, um eine Erfolgskontrolle zu sichern. Dabei gibt es, und dies sagen wir ausdrücklich, keinen Zweifel an der Qualität der Arbeit. Es geht auch nicht darum, die Kontrolleure zu kont-



rollieren. Wir haben aber Zweifel, dass die Zahl der Mitarbeiter und die bestehende Organisation ausreichen, die von uns allen erwünschten Effekte zu erzielen.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN standen der Kommunalisierung der Lebensmittelüberwachung in Hessen von Beginn an ablehnend gegenüber und haben die damaligen Pläne der CDU scharf kritisiert. Mittlerweile zeigt sich, dass die Kritik berechtigt war. Bisher wurden knapp 10 Stellen bei den jetzt kommunalen Kontrolleuren eingespart. Außerdem kommt es durch Organisationsänderungen bei den Landkreisen zu mehr Bürokratie, zu weniger Eigenverantwortlichkeit und zu unterschiedlichen Auslegungen von EU-Verordnungen durch verschiedene Landkreise.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die jetzige Situation in der kommunalisierten Lebensmittelüberwachung incl. dem von der Landesregierung eingeführten Qualitätsmanagement gründlich evaluieren und gegebenenfalls alle erforderlichen Schritte einleiten, um die Qualität und die Unabhängigkeit der Kontrolle sicherzustellen. Dem Gedanken einer unabhängigen Auditierung der Lebensmittelüberwachungen stehen wir aufgeschlossen gegenüber und werden die Vor- und Nachteile prüfen. Wir werden uns in jedem Fall dafür einsetzen, dass es bundesweit einheitliche hohe Qualitätsstandards bei der Lebensmittelüberwachung gibt.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Eine Evaluation bzw. Qualitätssicherung der Lebensmittelkontrollen in Hessen ist zu unterstützen, ihre Einführung wird von der FDP geprüft.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„An eine unabhängige Auditierung ist zurzeit nicht gedacht, da wir die in den Qualitäts- handbüchern und Pflichtenheften enthaltenen Untersuchungs- und Kontrollstandards für zielführend ansehen. Außerdem kann darin schnell und flexibel auf sich ändernde Anforderungen reagiert werden.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wir stehen dieser Idee offen gegenüber, sehen allerdings auch die Gefahr, dass durch eine zu starke Kontrolle die Bürokratiekosten ohne entsprechenden Gegenwert ansteigen werden.“

Welche auf die Konsumentenwünsche bezogenen Akzente wollen Sie in der Landwirtschaftspolitik setzen?

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Grundsätzlich ist die FDP der Auffassung, dass die Nachfrage das Angebot bestimmt, somit auch im Bereich der landwirtschaftlichen Produkte. Ein Eingreifen seitens der Politik in dieses marktwirtschaftliche Prinzip lehnen wir ab bzw. wollen es so gering wie möglich halten. Die FDP setzt sich insgesamt dafür ein, für die hessischen Landwirte Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, Produkte von höchster Qualität herzustellen.“



Wie stehen Sie zum Anbau gentechnisch veränderter Produkte?

SPD – Landesverband Hessen:

„Wir lehnen den Anbau gentechnisch veränderter Produkte ab. Da das Angebot solcher Produkte aus anderen Regionen aber nicht zu verhindern ist, wollen wir darüber hinaus eine umfassende Kennzeichnung der Produkte, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Möglichkeit der eigenen Entscheidung zu geben.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Wir lehnen die Agrogentechnik grundsätzlich ab. Es gibt noch immer zu viele ungeklärte Risiken für Mensch und Umwelt. Einmal in die Umwelt entlassen, sind gentechnisch veränderte Organismen (GVO) nicht mehr rückholbar.

80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher wollen keine Gentechnik auf den Feldern und im Essen. Diesem Wunsch wollen wir entsprechen und dem sollten aus unserer Sicht auch die Landwirte in Hessen nachkommen. Der Verzicht auf die Agrogentechnik ist ein Standortvorteil und sollte von der hessischen Landwirtschaft am Markt offensiv genutzt werden. Dazu gehört aus Sicht der GRÜNEN auch, bei der Fütterung von Tieren auf gentechnisch veränderte Futtermittel zu verzichten und dieses dann auch positiv bewerben zu dürfen. Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auch bei tierischen Produkten Wahlfreiheit haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlangen, dass das Gentechnikgesetz diejenigen vor Schäden durch Verunreinigungen schützt, die keine Gentechnik einsetzen wollen und dass die Verursacher von Schäden durch den Einsatz von Gentechnik uneingeschränkt dafür haften müssen.

Für den Landeshaushalt 2008 hatten wir 500.000 Euro für die Unterstützung von Netzwerken in gentechnikfreien Regionen beantragt.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP tritt grundsätzlich für die verantwortungsvolle Nutzung der grünen Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Die Potentiale sind vielfältig. Insbesondere muss die Forschung im Bereich der grünen Gentechnik vorangetrieben werden, hier darf Deutschland und insbesondere Hessen als Technologiestandort nicht den Anschluss verlieren. Die FDP spricht sich für die Sicherung der Koexistenz beim Anbau von gentechnisch und nichtgentechnisch veränderten Pflanzen ein.

Diese muss klar geregelt sein. Vor allem ist die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte unabdingbar. Für den Verbraucher müssen Klarheit und Transparenz sichergestellt werden. Über die Nachfrage dieser Produkte entscheidet allein der Markt.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wir halten die Gentechnik für eine Zukunftstechnologie, durch deren verantwortungsvolle Anwendung Chancen gefördert und Risiken gemindert werden können. Bei der Erforschung und Anwendung von Gentechnik ist der Schutz von Mensch und Umwelt gemäß des Vorsorgegrundsatzes in jeder Hinsicht zu gewährleisten. Für eine verantwortungsvolle Anwendung unter verlässlichen Rahmenbedingungen sind wissenschaftliche Forschung und Entwicklung unabdingbar. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen kann wegen der wirtschaftlich kaum kalkulierbaren Haftungsrisiken keine Empfehlung zum Anbau gegeben werden. Auch der Verbraucher steht der grünen Gentechnik



vielfach kritisch gegenüber, da er derzeit für sich keinen positiven Nutzen erkennen kann.

Dennoch setzen wir uns ein für verlässliche Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre, die nicht durch politische Vorgaben be- oder verhindert werden dürfen. Fernerhin wollen wir, dass die verpflichtende Kennzeichnungsregelung dahingehend angepasst wird, dass ein Lebensmittel nur dann „als gentechnikfrei“ bzw. „ohne Gentechnik“ bezeichnet werden darf, wenn über den gesamten Herstellungsprozess hinweg keine Stoffe zum Einsatz kommen, die unter Zuhilfenahme gentechnischer Methoden hergestellt wurden. Dies erstreckt sich sowohl auf die Futtermittel, als auch auf Verarbeitungshilfsstoffe wie Enzyme, Zusatzstoffe und Arzneimittel. Nur auf dieser Grundlage hat der Verbraucher eine objektive Grundlage, sich für oder gegen Gentechnik zu entscheiden. Nur auf diese Weise kann durch transparente Kennzeichnung dem Wunsch der Verbraucher nach Klarheit und Wahrheit begegnet und Verbrauchertäuschung zum Zweck von Handelsvorteilen ausgeschlossen werden.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Diesen Anbau halten wir für den vollkommen falschen Weg.“

Welche Förderprogramme zur Vermarktung regionaler und ökologischer Produkte planen Sie?

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP unterstützt die bestehenden Maßnahmen und ist insgesamt der Auffassung, dass auch hier die Nachfrage das Angebot bestimmen sollte.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die hessische Qualitätsmarke „geprüfte Qualität Hessen“ ist Garant für regionale Erzeugung, schonende Verarbeitung, hohe Qualität und unabhängige Kontrolle. Diese genießt im Handel und bei Verbrauchern höchste Wertschätzung. Wir wollen die hessische Qualitätsmarke weiter ausbauen und das Sortiment erweitern. Auch weiterhin soll das Agrarmarketing bei der Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ zentral gebündelt und von dieser betreut werden. Um landwirtschaftliche Produkte professionell bei Handelspartnern zu platzieren, wollen wir gemeinsam mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand geeignete Strategien entwickeln.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wir setzen auf den Anbau in kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben. Wir unterstützen die Vermarktung ihrer Produkte in regionalen Netzwerken.“

Wie wollen Sie die Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft in Hessen fördern?

SPD – Landesverband Hessen (Zu den beiden letzten Fragen):

„Regionale ökologischer Produkte sind ein nicht zu unterschätzender Wirtschafts- und Identitätsfaktor des ländlichen Raumes. Auch der touristische Effekt ist gegeben. Die Vermarktung ökologisch erzeugter Lebensmittel wollen wir deshalb unterstützen, auch die ökologische Landwirtschaft soll ausgeweitet werden.“



Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen (Zu den beiden letzten Fragen):

„Für uns GRÜNE ist der ökologische Landbau das Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft, welche die Kulturlandschaft erhält, Umwelt, Klima und Tiere schont sowie Arbeitsplätze schafft. Besonders erfreulich ist die in den letzten Jahren stark gestiegene Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach ökologisch erzeugten und regional hergestellten Lebensmitteln. Leider kann diese wachsende Nachfrage immer weniger mit hessischen Produkten befriedigt werden. Das liegt unter anderem auch an der ablehnenden Haltung der Landesregierung gegenüber der ökologischen Erzeugung. Dadurch wurden in den letzten neun Jahren unter der Regierung Koch weder die richtigen Weichen bei der Förderung noch bei der Vermarktung ökologischer Produkte gestellt.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen umstellungswillige Betriebe während der schwierigen Umstellungsphase besser fördern als bisher. Wir werden die Arbeit der Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ überprüfen und deren Aktivitäten stärker auf das Marketing von ökologisch und regional erzeugten Produkten ausrichten.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP lehnt eine einseitige Förderung einer landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsform ab. Wir unterstützen die derzeitigen Fördermaßnahmen.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Auch in der neuen EU-Förderperiode von 2007 bis 2013 bietet das Land Hessen eine besondere Förderung des ökologischen Landbaus an. Für den Landwirt ist es eine unternehmerische Entscheidung, ob er sich zu den ihm bekannten Konditionen für eine bestimmte Produktionsweise und -intensität entscheidet oder nicht. Eine solche ist an den Entwicklungen und Erfordernissen des Marktes auszurichten und unter besonderer Berücksichtigung der Preiserwartungen für landwirtschaftliche Produkte gründlich vorzubereiten. Dabei ist der Landwirt auf neutrale, sachgerechte und hochaktuelle Informationen angewiesen, die wir ihm durch professionelle Beratung durch das landwirtschaftliche Beratungskuratorium auch weiter anbieten werden.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Ökologische Landwirtschaft ist ein Muss für unsere Zukunft. Sie kann das Recht der Menschen auf Nahrung befriedigen, einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten, die Wasserressourcen schonen und der Artenvielfalt eine tragfähige Basis bieten. Die Bundesregierung soll entsprechend ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie die Rahmenbedingungen für den Biolandbau verbessern. Dazu gehört, die Leistungen dieser Betriebe angemessen zu honorieren. Forschung und Ausbildung für diese Landbauform sind zu verbessern. Ökologischer Landbau ist nur möglich, wenn Bevölkerung und Biobauern vor der Verunreinigung ihrer Felder und Ernten durch Umweltgifte und gentechnisch veränderten Produkten umfassend geschützt werden.“

Welche Konzepte haben Sie, um einerseits die sinnvolle Verwertung landwirtschaftlicher Abfallprodukte zur Energiegewinnung zu fördern und andererseits negative Entwicklungen bezüglich der Nutzung von Raps und Getreide zur Energiegewinnung zu verhindern?

SPD – Landesverband Hessen:

„Biomasse als Energieträger gehört zum festen Bestandteil unseres Mixes Erneuerbarer Energien, mit dem wir in Hessen atomare und fossile Energieerzeugung ersetzen wollen. Ausführliches dazu finden Sie in unserm Programm „Neue Energien für Hessen“, das unter www.spd-hessen.de im Internet zu finden ist. Selbstverständlich gilt es dabei, unerwünschte Entwicklungen zu verhindern, doch Raps und Getreide zur Energiegewinnung sind nur ein Teil des Ganzen.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Wir wollen in Hessen die Energiewende schaffen. Dafür brauchen wir auch die nachwachsenden Rohstoffe. Sie werden neben der Energieeinsparung, der besseren Energieeffizienz und der Nutzung von Sonne, Wind und Wasser einen wichtigen Teil zur Energiewende und damit zum Klimaschutz beitragen. Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Ausbau der Bioenergie in Hessen fördern und voranbringen. Für uns hat die Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln allerdings sehr hohe Bedeutung und soll sich mit der umweltgerecht erzeugten Bioenergie vom Acker und aus Reststoffen für die Energiewende sinnvoll ergänzen.

Wichtig für die breite gesellschaftliche Akzeptanz ist es, bei der Erzeugung von Biomasse darauf zu achten, dass Umwelt und Natur geschont werden und auf den Einsatz von Gentechnik verzichtet wird. GRÜNE Schwerpunkte bei der Erzeugung von Bioenergie sind die Nutzung von Energieholz und die dezentrale Erzeugung und Nutzung von Biogas.

Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass in Anbetracht der naturgemäß begrenzten Flächen für die Erzeugung von Lebensmitteln und Biomasse die Produktion von Treibstoffen vom Acker weltweit und in Hessen nachrangig behandelt werden muss. Erste Priorität im Verkehrssektor sollen neben dem Ausbau des öffentlichen Verkehrssektors die Produktion verbrauchsarmer Fahrzeuge, ein sparsamer Fahrstil und die Einführung eines Tempolimits haben. Der Einsatz von Pflanzenöl als Treibstoff für speziell entwickelte Schleppermotoren sowie als Schmierstoff in Land- und Forstwirtschaft wird von uns begrüßt und gefördert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Verbrennung von Brotgetreide zum Heizen ab. Die technischen Probleme bei der Verbrennung in Kleinanlagen sind derzeit noch nicht gelöst und die gestiegenen Preise für Lebensmittel machen die Verbrennung mittlerweile uninteressant. Wir GRÜNEN halten die ausschließliche Nutzung von Getreidekörnern für ineffizient, da die Nutzung der gesamten Pflanze – wie bei der Biogas-erzeugung möglich – energetisch weit sinnvoller ist.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP macht sich insgesamt für eine wettbewerbsfähige und marktwirtschaftlich orientierte Landwirtschaft als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume in Hessen stark. Der Konflikt zwischen der Nahrungsmittelproduktion und dem Biomasseanbau lässt sich unserer Auffassung zufolge erfolgreich nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln lösen. Hierbei ist sorgfältig darauf zu achten, dass nicht



nur durch falsche Rahmensetzungen und verfehlte Marktanreize Ressourcen fehlgeleitet werden.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Weil wir bis zum Jahr 2020 den hessischen Energieverbrauch zu 20 % auf regenerativer Grundlage bestreiten wollen, räumen wir der Biomasse einen herausragenden Stellenwert ein und werden die Fördermittel für entsprechende Investitionen weiterhin auf Rekordniveau halten. Neben der Produktion von Nahrungsmitteln wird die energetische und stoffliche Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen den Landwirten neue Einkommensmöglichkeiten eröffnen und die Wertschöpfung im ländlichen Raum deutlich steigern. Gleichzeitig geht davon ein positiver Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verringerung der Abhängigkeiten von Energieimporten aus. Ergänzend zur energetischen Nutzung von Reststoffen wie Gülle, Stroh und holzigem Grünschnitt hat auch der gezielte Anbau von Energiepflanzen eine wachsende Bedeutung. Großes Augenmerk legen wir bei Biogas auf die Nutzung der bei der Stromproduktion anfallenden Wärme oder der direkten Einspeisung von Biogas in das öffentliche Gasnetz. Forschungsanstrengungen zur energetischen Nutzung von Stroh als Kraft- oder Brennstoff wollen wir auch weiterhin positiv begleiten. Gleiches gilt für die Pflanzenzüchtung, bei der nicht wie bisher Ernährungsaspekte, sondern energetische Kriterien im Vordergrund stehen. Wir bekennen uns zu einem breiten Mix aller zur Verfügung stehenden Energieträger und befürworten den Ausbau erneuerbarer Energien, wo immer er sinnvoll und ohne Widerstände umzusetzen ist.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen zur Produktion von regenerativen Energien ist einerseits zu begrüßen, andererseits sehen wir das große Problem, dass zukünftig die globalen Ressourcen für den Energiehunger der Industrienationen erhalten müssen. Damit steht zu befürchten, dass die Hungerkatastrophen eher zunehmen als abnehmen werden. Wir stehen für eine Umverteilung der Mittel von oben nach unten. Für die Nutzung von Agroenergie steht in Deutschland und Europa lediglich eine begrenzte Anbaufläche zur Verfügung. Nur ein Bruchteil der von der Bundesregierung und der EU angestrebten Agrosprit-Quoten könnte über die nutzbaren Flächen erfüllt werden. Die überhöhten Ziele überfordern die Ökosysteme und haben keinen Nutzen für den Klimaschutz. Für die Importe von Bio-Sprit fordern wir eine Zertifizierung, mit der eine Ausweitung der Anbauflächen zu Lasten der Lebensmittelerzeugung oder der geschützten Gebiete (z.B. Regenwälder) verhindert werden kann.“

Präventiver Verbraucherschutz ist Verbraucherbildung

Wie sollen die Lehrpläne verändert werden, damit die Bildungsdefizite bei der Ernährungs- und Verbraucherbildung in Zukunft ausgeglichen werden können?

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP ist der Auffassung, dass Verbraucherbildung an den Schulen ein fächerübergreifender Bildungsauftrag ist. Die vielfältigen bestehenden Maßnahmen zur Gesund-

wahlprüfsteine – antworten der fraktionen

heitserziehung an den hessischen Schulen unterstützen wir nachhaltig. Vor allem im Rahmen von Ganztagsangeboten und in diesem Zusammenhang mit Projekten bzw. Arbeitsgruppen halten wir Verbraucherbildung für sinnvoll und Ziel führend. Insgesamt treten wir für eine Verkürzung der Lehrpläne ein hin zu Kerncurricula und Bildungsstandards, in diese sollten fächerübergreifend Ernährungs- und Verbraucherbildung verankert werden.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„In unserem Wahlprogramm haben wir uns dafür ausgesprochen, dass Verbraucherschutzthemen in die Lehrpläne der Schulen ab der 7. Klasse integriert werden, um bereits Jugendliche in ihrer Rolle als Konsumenten zu stärken. Neben Ernährungsfragen sollen altersgerecht Themen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes behandelt werden, damit junge Menschen frühzeitig in die Lage versetzt werden, mit ihrem Einkommen auszukommen und ihre Rechte und Pflichten als verantwortungsvoller Marktteilnehmer kennen zu lernen.

Eine Veränderung der hessischen Lehrpläne ist aus Sicht der hessischen CDU nicht erforderlich. Die Lehrpläne sehen in den verschiedenen Schulformen in unterschiedlichen Fächern die Behandlung von Verbraucher- und Ernährungsthemen vor. So wird im Gymnasium im Fach Politik und Wirtschaft das Themengebiet in verschiedenen Bereichen intensiv behandelt. In der Klasse 7 zum Beispiel ist bereits das Themengebiet „Wirtschaften im privaten Haushalt“ zu behandeln. Hierdurch sollen Schülerinnen und Schüler die Bedingungen und Folgen sowie die Kriterien und Gründe der eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen erkennen und ihre Eigenverantwortung im Bereich der Haushaltsführung sehen. Hintergrund ist, dass Jugendliche Zielgruppe von Werbung in den Medien und ein ernstzunehmender Faktor bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sind. Durch den Unterricht sollen sie lernen, die Beeinflussung der Kaufentscheidung durch die Medien zu erkennen und hierdurch auch im Hinblick auf das eigene Budget Prioritäten beim Kauf zu setzen. Aber auch in den Haupt- und Realschulen wird dieses Thema sehr intensiv behandelt. So sieht zum Beispiel der Lehrplan für das Fach Arbeitslehre sowohl für die Haupt- als auch für die Realschule an einer Vielzahl von Stellen verbindlich die Behandlung von Themen aus dem Bereich des Verbraucherschutzes vor.

Die besondere Problematik von Verbraucherschutz in Verbindung mit gesunder Ernährung dagegen wird in allen Schulformen im Fach Biologie behandelt. Hier sollen die Schülerinnen und Schüler darüber aufgeklärt werden, wie man sich gesund und ausgewogen ernährt. Es ist insgesamt festzustellen, dass das Thema Ernährung an hessischen Schulen unter verschiedenen Perspektiven immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die wachsende gesundheitliche Belastung von Kindern und Jugendlichen durch Bewegungsarmut, Haltungsschäden, motorische Störungen und Übergewicht verstärkt den Bedarf an schulbezogenen und zielgruppenspezifischen Konzepten. Daher wurde das Programm des Hessischen Kultusministeriums „Schule & Gesundheit“ eingeführt, das schulische Gesundheitsförderung als wichtigen Teilbereich des schulischen Lernens mit einbezieht. Schülerinnen und Schülern lernen, was sie zur Förderung der eigenen Gesundheit brauchen. Dabei erstrecken sich die Inhalte von dem, was für eine ausgewogene Ernährung erforderlich ist, bis hin zur Aufklärung in Sachen Drogenmissbrauch. Die Beratung der Schulen erfolgt dabei durch die Staatlichen Schulämter oder durch Kooperationspartner des Hessischen Kultusministeriums, aber auch durch das

Projektbüro „Schule & Gesundheit“, das 2003 eingerichtet wurde. Zu den vielfältigen Materialien gehört auch der Ordner „Schule & Gesundheit“, der jeder Schule zur Verfügung gestellt wurde. Das Projektbüro unterstützt die Schulen bei der Durchführung und Gestaltung von Projekten, die im Rahmen von außerschulischem Engagement oder auch in Projektwochen durchgeführt werden sollen. Um eine besonders effektive Gestaltung der einzelnen Projekte zu gewährleisten haben die Staatlichen Schulämter ein besonderes Budget für den Bereich „Schule & Gesundheit“ zur Verfügung, auf das Schulen bei Bedarf zurückgreifen können, damit angebotene Projekte möglichst kostengünstig gestaltet werden können. Diese Angebote werden von kompetentem Fachpersonal begleitet oder sogar geleitet, wie zum Beispiel Mitarbeitern der Deutschen Gesellschaft für Ernährung oder der Verbraucherzentrale.“

Welche Angebote machen Sie den Schulen und Lehrkräften, damit sie diesen Bildungsauftrag erfüllen können?

SPD – Landesverband Hessen (Zu den letzten beiden Fragen):

„Die SPD legt großen Wert auf Ernährungs- und Verbraucherbeziehung an den hessischen Schulen. Daher sind die Lehrpläne bei anstehenden Überarbeitungen an dieser Stelle zu schärfen. Die Lehrplankommissionen werden einen entsprechenden Auftrag erhalten. Außerdem soll in den Schulen größter Wert darauf gelegt werden, dass gesunde und ausgewogene Speisen und Lebensmittel als Schulverpflegung angeboten werden. Zu diesem Zweck wird eine SPD-geführte Landesregierung an die Landkreise als die für die Schulverpflegung zuständigen Stellen herantreten, um dies gemeinsam sicherzustellen. Schulen und Lehrkräften sollen im Rahmen der Lehrerfortbildung, aber auch im Rahmen der Schulprogrammarbeit verstärkt Angebote unterbreitet werden.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen (Zu den letzten beiden Fragen):

„Gesundheitsförderung, Ernährungs- und Verbraucherbildung sind unverzichtbare Basiskompetenzen zur Lebensführung. Die Schulen stehen vor der Herausforderung, diese für die alltägliche Lebensgestaltung wichtigen Kompetenzen stärker als bisher in den Blick zu nehmen und unseren Kindern und Jugendlichen zu vermitteln. Ob dies gelingt, ist von großer Bedeutung sowohl für die einzelnen Individuen als auch für die gesamte Gesellschaft.“

Wir wollen die Ernährungs- und Verbraucherbildung stärken und den Schulen größere Freiräume für fachübergreifende und projektbezogenen Vermittlungsformen geben. So rücken diese wichtigen Unterrichtsinhalte „näher ans Leben“. Die Ablösung der Wochen- durch die Jahresstundentafel, eine bessere Finanz- und Personalausstattung und mehr Eigenverantwortung der Schulen sind hierfür notwendige Voraussetzungen. Es ist aus unserer Sicht wichtig, den kompetenten Umgang mit Ernährung, Bewegung und der eigenen Verbraucherrolle nicht nur in den Unterrichtsinhalten zu verankern, sondern auch im Lebensraum Schule umzusetzen und direkt erfahrbar zu machen. Gerade der von uns geplante deutliche Ausbau des Ganztagsangebots rückt die Frage der gesunden Ernährung und der „bewegten Schule“ ins Zentrum. In der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss diesen Basiskompetenzen mehr Gewicht gegeben und geeignete didaktisch-methodische Ansätze und Materialien müssen zugänglich gemacht werden.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP setzt sich für einen konsequenten Ausbau der Lehrerfortbildung in allen Unterrichtsbereichen ein. Insbesondere fördern wir eine neue Rolle der Lehrkräfte weg vom „Belehrenden“ hin zum „Lernberater, der an Schülerinnen und Schüler zur eigenständigen Wissenserarbeitung anregt. Im Rahmen dieses eigenständigen Lernens soll auch die Verbraucherbildung einen größeren Stellenwert erhalten. Junge Menschen sollen zum eigenverantwortlichen Lernen erzogen werden, dies entspricht auch einer Erziehung zum mündigen Verbraucher.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Als besonderes Angebot für Schulen im Bereich „Schule & Gesundheit“ ist die Verleihung eines Zertifikats „gesundheitsfördernde Schule“ zu nennen. Den Schulen wird angeboten, dass sie bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen das Zertifikat erhalten, das sich aus mehreren Teilzertifikaten z.B. zu den Themen Gesundheit und Suchtprävention zusammensetzen kann. Das Zertifikat macht deutlich, dass sich die Schule der Gesundheit besonders intensiv widmet, was unter anderem durch die Aufnahme des Themas ins Schulprogramm deutlich wird. Zum Bereich der Lehrerfortbildung ist darauf hinzuweisen, dass die verschiedenen Veranstalter ein breites Spektrum an Fortbildungen für Lehrkräfte im Bereich Verbraucherschutz und Verbraucherinformation anbieten. Auch im Bereich der Lehrerfortbildung wird insbesondere durch das Arbeitsfeld „Schule & Gesundheit“ sehr viel angeboten. Hinweise erhalten die Schulen insbesondere durch die regelmäßigen Ergänzungen des o. g. Ordners Schule und Gesundheit, denn nur durch eine intensive Fortbildung der Lehrkräfte kann eine gute Information der Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (Zu den letzten beiden Fragen):

„Die Bildungspolitik muss die Entwicklung von kritischen Bürgern aktiv vorantreiben. Verbraucherschutz und das Wissen um gesunde Ernährung sollen aber kein zusätzliches Unterrichtsfach bilden, sondern müssen praktisch erlebbar gemacht werden. Das bedeutet für uns: Gesundes Essen in den Pausen, ausreichend Bewegung ohne Leistungsdruck in den Sportstunden. Dass dies nicht funktionieren kann, wenn zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen, versteht sich von selbst.“

Gesundheit und Pflege

Planen Sie eine Integration der Schulverpflegung in das hessische Schulgesetz?

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die gesetzliche Verankerung der Pflicht zur Einführung einer Mittagsverpflegung in das Hessische Schulgesetz berücksichtigt nicht die Aufgabenteilung zwischen Land und Schulträgern. Die Landesregierung hat aber das getan, was sie tun konnte und bereits Weichen gestellt, damit an möglichst vielen Schulen eine Mittagsverpflegung angeboten wird. So ist das Angebot einer Mittagsverpflegung Voraussetzung dafür, dass ein Antrag eines Schulträgers auf Einrichtung eines Ganztagesangebotes genehmigt werden kann.“



Sollen in dem Gesetz Qualitätskriterien für die Schulverpflegung enthalten sein? Wenn ja, welche?

FDP Fraktion im Hessischen Landtag (Zu den beiden letzten Fragen):

„Die FDP setzt sich für die Eigenverantwortliche Schule in Hessen ein. Diese wollen wir in Hessen gesetzlich verankern und mit entsprechenden Finanzmitteln ausstatten. Auch die Einführung von Ganztagsangeboten und –schulen fördern wir konsequent. In diesem Rahmen sollen Schulen ihren Unterrichtsbetrieb und die Schulorganisation eigenverantwortlich in Abstimmung mit der Schulgemeinde nach den Bedürfnissen vor Ort regeln. Die Ausgestaltung der Schulverpflegung soll die einzelne Schule entsprechend eigenverantwortlich regeln können.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Über das Projektbüro „Schule und Gesundheit“ wurden hier schon längst entscheidende Schritte in die Wege geleitet. So gibt es dort umfangreiche Informationen zu Verpflegungsstandards an Schulen. Schulen können sogar ein „Teilzertifikat Ernährungs- und Verbraucherbildung“ bekommen, wenn sie eine vollwertige und gesunde Ernährung sicherstellen. Daneben gibt es noch eine Vielzahl von weiteren Projekten, die es Schulen ermöglichen und erleichtern, auf die Qualität der Mittagsverpflegung zu achten.“

Welche Mittel wollen Sie für die Förderung der Ernährungs- und Mittagsverpflegung in den Schulen bereitstellen?

SPD – Landesverband Hessen (Zu den letzten drei Fragen):

„Die hessische SPD will mit dem „Haus der Bildung“ eine Schule schaffen, in der nicht nur gelernt, sondern auch gemeinsam gelebt wird. Dazu gehören auch eine gesunde Mittagsverpflegung und die Information über die Notwendigkeit einer ausgewogenen, gesunden Ernährung.“

Wir wollen allerdings, dass die Schulen diesen Weg zum „Haus der Bildung“ freiwillig gehen. Deshalb werden wir die Verpflichtung zur Mittagsverpflegung nicht in das Hessische Schulgesetz aufnehmen.

Die Schulverpflegung von Kindern, deren Eltern die Kosten nicht selbst tragen können, werden wir sicherstellen. Innerhalb der letzten Haushaltsberatungen hatten wir einen Antrag auf Bereitstellung von 8 Millionen € gestellt, damit dies sowohl in der Schule als auch im Kindergarten erfolgen kann. Der Antrag wurde leider abgelehnt.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen (Zu den letzten drei Fragen):

„Eine regelmäßige, gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sind elementare Voraussetzungen für die körperliche und geistige Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Bewegungsmangel und falsche Ernährung haben daher auch Konsequenzen für deren Bildungschancen. Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen sind täglich mit diesen Problemen konfrontiert und sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten unter Einbindung aller Beteiligten gegensteuern.“

Wir werden Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen dabei unterstützen, die Bewegungssituation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, um einen Ausgleich zur verbreiteten Bewegungsarmut zu schaffen. Mahlzeiten an Schulen und Kindertagesstätten sollen aus regionaler und nach Möglichkeit ökologischer Produktion kom-

men. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass jedes Kind mindestens eine Mahlzeit sowie frisches Obst und Gemüse erhält.

Die derzeit im Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe vorgesehenen Tagessätze für das Essen von Kindern sind viel zu niedrig. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass in einem reichen Land wie Hessen täglich Kinder mit knurrendem Magen in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sitzen, weil die Eltern die Teilnahme am Mittagessen nicht bezahlen können. Wir haben daher den Vorschlag gemacht, einen Sozialfonds „Lernen ohne Hunger“ in Höhe von 7,5 Mio Euro einzurichten. Damit wollen wir erreichen, dass künftig alle Kinder am Angebot eines Mittagessens in Kindertagesstätten oder Schulen teilnehmen können. Unseren Vorschlag hat die derzeitige Landesregierung teilweise aufgegriffen, allerdings nur für die Schulen. Das Problem stellt sich aber bereits im Kindergarten und hier bleibt die derzeitige Landesregierung weiter eine Antwort schuldig. Unser Konzept ist umfassender und berücksichtigt auch kleinere Kinder.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP plädiert für die Förderung durch Gutscheine. Familien mit Kindern, die nicht selbst für die Kosten der Mittagsverpflegung an den Schulen aufkommen können, sollen solche Gutscheine erhalten. Die Zweckbindung durch Gutscheine verhindert, dass das Geld auf dem Weg zu den Eltern auf dem Weg versickert, und stellt so die Versorgung der Kinder sicher.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat mit einem Änderungsantrag zum Haushalt 2008 dafür Sorge getragen, dass das Land Hessen ab 2008 die Mittagsverpflegung für bedürftige Schulkinder mit 5 Mio. Euro bezuschusst. Auf diesem Wege leistet die Landesregierung einen Beitrag zur Verbesserung der Ernährungssituation gerade derer, die besonderer Hilfe bedürfen.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (Zu den letzten drei Fragen):

„Die Linke will den Ausbau von Ganztagschulen. Damit wird das Land verpflichtet sein, sich um einen guten Mittagstisch zu kümmern. Wie in der letzten Frage bereits ausgeführt, kann nur das glaubhaft an die Schüler vermittelt werden, wenn das die tägliche Praxis erlebbar macht. Insofern müssen klare Qualitätskriterien gefunden werden: Vollwertige Ernährung, Verbot von gentechnisch veränderten Produkten, Beschränkung von stark zucker- und fetthaltigen Zwischenmahlzeiten. In welcher Höhe dafür Mittel bereitgestellt werden müssen, muss endlich ermittelt, die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Kinder einkommensschwacher Familien müssen nötigenfalls diese Mahlzeiten kostenlos erhalten.“

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Qualität der Pflege in Hessen verbessern?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Um eine bedarfsgerechte ambulante und stationäre Pflegequalität zu sichern, brauchen wir im Grunde schon im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit Hilfen und Unterstützungsangebote, z.B. in Form von Präventivangeboten. Hierdurch könnte in vielen Fällen Pflegebedürftigkeit hinausgezögert werden. Es mangelt an allgemeinen aber auch



individuellen Beratungsangeboten über die Möglichkeiten der Organisation von Pflege und über Leistungsansprüche. So fehlen pflegenden Angehörigen oft wichtige Informationen über qualitativ angemessene und finanzierbare Dienstleistungsangebote. Wir unterstützen deshalb das Vorhaben, durch Pflegestützpunkte niedrigschwellige, wohnortnahe und individuelle Beratung und Begleitung von pflegebedürftigen Menschen und pflegenden Angehörigen zu verbessern. Dort soll unter anderem über die verschiedenen Angebote der Region informiert und wichtige Tipps zur Organisation der Pflege, über Qualitätskriterien und über Rechte bei der Inanspruchnahme von Leistungen gegeben werden.

Damit dies funktionieren kann, muss diese Leistung aber neutral und unabhängig erfolgen. Durch eine Steuerung auf Landesebene muss dafür gesorgt werden, dass die Qualität der Pflegestützpunkte einheitlich und an den individuellen Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet wird.

Um Kundensouveränität und Verbraucherrechte zu stärken und um die Pflegeangebote mehr an den Bedürfnissen der Betroffenen auszurichten, wollen wir mittelfristig die gesetzliche Verankerung des Pflege-Budgets. Damit können die Betroffenen jenseits der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen diejenigen Angebote einkaufen, die ihnen individuell am hilfreichsten erscheinen.

Die Föderalisierung des Heimrechtes bietet in unseren Augen die große Chance, auf die veränderten Bedürfnisse von behinderten und pflegebedürftigen Menschen zu reagieren und für die Förderung und den Ausbau einer tragfähigen Infrastruktur zu sorgen. Das Betreute Wohnen sollte als Regelalternative etabliert, Qualitätsstandards definiert, die Weiterbildung der Pflegekräfte gestaltet werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Vor allem sollten die Kommunen eine gewährleistende und gestaltende Funktion bekommen. Es müssen auf kommunaler Ebene Anreize geschaffen werden, damit sich der Präventionsgedanke auf allen Ebenen durchsetzt. In einem neuen Heimgesetz sind auch Regelungen zu treffen, die dem Prinzip ambulant vor stationäre Rechnung tragen und das bürgerschaftliche Engagement mit einbezieht.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Egal, ob Menschen auf häusliche Pflege oder auf stationäre Pflege angewiesen sind, das Angebot muss hochwertig sein und den jeweiligen Bedürfnissen der Betroffenen angemessen. Hierzu ist es notwendig, die häusliche und die Heimpflege als Partner zu begreifen, die einander ergänzen, miteinander kooperieren und Netzwerke bilden.

Der bereits vorangeschrittene Ausbau ambulanter Hilfsdienste ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen und weiter voranzutreiben, damit pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung betreut werden können. Dies geht nur über faire Rahmenbedingungen, die zurzeit nicht überall vorhanden sind.

Jedoch sind die Akteure der Pflege von der überbordenden Bürokratie und der Konkurrenz durch hauptsächlich osteuropäische Pflegekräfte belastet. Die Liberalern wollen deswegen die Bürokratie abbauen und dafür Sorge tragen, dass ausländische Pflegekräfte die gleichen Zulassungsvoraussetzungen erfüllen müssen wie deutsche Dienste. Außerdem wollen wir die Standards in Alten- und Pflegeheimen verbessern, auch dies ist möglich, wenn das Personal sich weniger mit Ausfüllen von Papieren beschäftigen muss, sondern mehr Zeit für die Betreuung der zu Pflegenden aufwenden kann.

Der scheinbare Bedarf, Prozesse und Strukturen in der Pflege bis in das letzte Detail zu regeln, setzt die Pflegenden letztlich einem deutlichen Misstrauensvorbehalt aus,

dass sie selbst nicht in der Lage wären, Leistungen mit hoher pflegerischer Qualität zu erbringen. Auf Grund weniger „schwarzer Schafe“, die in der Öffentlichkeit und in den Medien jedoch verstärkt wahrgenommen werden, entsteht das Bild, dass Einrichtungen und ihre Pflegemitarbeiter grundsätzlich Pflege minderer Qualität, wenn nicht gar gefährliche Pflege, leisten. Dieses Image ist für die Wachstumsbranche Pflege kontraproduktiv und verlangt, auch von Seiten der Politik, ein entschlossenes Gegensteuern. Der viel diskutierte „Pflegetotstand“, im Sinne eines insbesondere zukünftigen Fehlens qualifizierter Fachkräfte, hat auch hier seine Ursachen.

Die FDP fordert,

- die Prüfkompetenzen von Medizinischem Dienst der Krankenkassen (MDK) und Heimaufsicht zu konkretisieren sowie auf eine verbesserte inhaltliche und terminliche Zusammenarbeit der Prüfinstanzen hinzuwirken: Als ordnungsrechtliche Instanz prüft die Heimaufsicht die Strukturqualität nach dem Heimgesetz. Sachverhalte die durch die Heimaufsicht geprüft werden, werden nicht mehr durch den MDK geprüft. Der MDK prüft vorderrangig die Ergebnisqualität. Außerdem muss sich die Heimaufsicht mit den weiteren zur Prüfung berechtigten Instanzen abstimmen. Die Heimaufsicht und die weiter an einer Prüfung beteiligten Instanzen erstellen ein gemeinsames Ergebnis der Prüfung.
- Maßnahmen zu ergreifen, um die Transparenz über die Qualität der Pflegeleistungen zu erhöhen. Die Pflegeeinrichtungen müssen viel mehr als heute die Möglichkeit haben, sich als „weiße Schafe“, als Dienstleister, die eine hohe Pflegequalität im Sinne einer Verbesserung der pflegeinduzierten Lebensqualität ihrer Bewohner, anbieten, darstellen zu können. Aus diesem Grund sollte ein Benchmarking zwischen den Einrichtungen nach bundeseinheitlichen Qualitätskriterien eingeführt werden: Die Qualitätskriterien sind unter Mitarbeit der Leistungserbringer in Abstimmung mit den Prüfinstanzen zu erarbeiten und sollen sich möglichst eng an dem Ergebnis des Pflegeprozesses orientieren. Für die einzelnen Qualitätskriterien sind zwischen Leistungserbringern und Prüfungsinstanzen Grenzwerte zu vereinbaren. Ein Verletzen der Grenzwerte löst eine Prüfung durch den MDK aus. Die durch die Einrichtungen realisierten Ergebnisse in den einzelnen Qualitätskriterien sind zu veröffentlichen, um den Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen oder dem gesetzlichen Vertreter die Möglichkeit zu geben, eine Pflegeeinrichtung auch nach (Ergebnis-) Qualitätsgesichtspunkten auswählen zu können.
- die Regelungen des Pflege-Qualitätssicherungsgesetzes (PQsG) auf ihre Erforderlichkeit und Praxistauglichkeit zu überprüfen. Sollten sie zu mehr Bürokratie beitragen, als dass sie zu spürbaren Qualitätsverbesserungen für die Pflegebedürftigen führen, ist durchaus auch ein Streichen (beispielsweise der Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen (LQV) und der Leistungs- und Qualitätsnachweise (LQN)) sinnvoll. Im Sinne eines echten Bürokratieabbaus macht es aber keinen Sinn, als überflüssig erkannte Regelungsinhalte einfach in andere Nachweisdokumente zu verschieben, wie es der Bundesregierung vorschwebt.
- die Felder der Mitwirkung der Bewohner dahingehend zu überprüfen, ob eine Steigerung der Beteiligung erreicht werden konnte und gegebenenfalls zu überarbeiten.

- von einander abweichende Regelungen im SGB XI und im Heimgesetz zu harmonisieren.
- die Regelungen des Heimgesetzes und der Heimmindestbauverordnung (HeimMinBauV) daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit sie das Entstehen neuer Wohnformen (betreutes Wohnen, generationenübergreifendes Wohnen, Alten- Wohngemeinschaften etc.) erschweren oder gar verhindern und gegebenenfalls die gesetzlichen Regelungen entsprechend anzupassen. Dabei sollte ein Flickenteppich unterschiedlichster Regelungen in Deutschland verhindert werden, indem sich die Länder untereinander abstimmen, ob es Veränderungsbedarf beim Heimgesetz gibt.

Darüber hinaus will die FDP endlich die Wettbewerbsverzerrung in der stationären Pflege beseitigen und für private Investoren den Standort Hessen attraktiv machen. Ziel ist es, ein landesweit gut ausgebautes Pflegenetzwerk zu bilden. Aus diesem Grund will die FDP die Objektförderung in Hessen abschaffen. Durch die in Hessen noch bestehende Objektförderung für Pflegeheimbauten von über 30 Millionen Euro, kommt es zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung mit nicht geförderten Einrichtungen. Private Betreiber haben bewiesen, dass sie auch ohne öffentliche Förderung eine hochwertige Einrichtung mit gutem Preis-/Leistungsverhältnis betreiben können. Doch verzerrt sich der Wettbewerb erheblich, wenn in der direkten Umgebung ein gefördertes Pflegeheim entsteht. Durch die in Hessen bestehende Situation kommt es sogar dazu, dass private Betreiber in Hessen nicht investieren, da die Refinanzierung der Investitionskosten gefährdet ist.

Im ambulanten Bereich sollte in Hessen hinsichtlich der geplanten Pflegestützpunkte darauf geachtet werden, dass nicht teure und Bürokratie treibende Doppelstrukturen neben den bestehenden Leistungsangeboten zugelassener Pflegeeinrichtungen geschaffen werden. Außerdem muss auf eine strikte Wettbewerbsneutralität in der Ausgestaltung geachtet werden. Wirtschaftliche Interessen von Kostenträgern dürfen nicht zur Grundlage der Beratungsangebote für Pflegebedürftige werden. Eine Ansiedlung von Pflegebegleitern bei Pflegekassen und Sozialämtern wird daher abgelehnt. Resultat all dieser Veränderungen in der Pflege muss auch sein, dass der zu Pflegenden sich mehr wie ein Kunde und die Pflegeeinrichtung sich mehr als Dienstleister begreift.

Überdies lehnt die FDP den Aufbau kostenintensiver Doppelstrukturen, wie beispielsweise Pflegestützpunkte, ab. Anstatt neue Strukturen zu schaffen, müssen bestehende Strukturen ausgebaut und unterstützt werden.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Hessen ist dank der CDU-geführten Landesregierung im Bereich Pflege so gut aufgestellt wie nie zuvor. Mit einer erheblichen Steigerung der Mittel und neuen Konzepten zur Verbesserung der Pflege übernimmt Hessen eine Vorbildfunktion für viele andere Bundesländer.

Um vor dem Hintergrund des demographischen Wandels auch zukünftig die Pflege von Seniorinnen und Senioren sicherzustellen, haben wir im Bereich der Ausbildung einer genügenden Anzahl qualifizierter Altenpflegekräfte einen besonderen Schwerpunkt gesetzt. Durch die Einführung einer gesetzlich gewährleisteten Finanzierung der Schulkosten für die Ausbildung in den Altenpflegeberufen kommen wir hier unserer besonde-

ren Verantwortung nach. 2008 wurden 13,4 Mio. Euro für die Erstattung der Schulkosten in der Altenpflegeausbildung aufgewandt. zur Verfügung gestellt. Diese massive Unterstützung werden wir fortsetzen.

Um sicherstellen zu können, dass auch künftig eine ausreichende Zahl von gut ausgebildeten Pflegekräften zur Verfügung steht, haben wir den hessischen Pflegemonitor entwickelt. Dieses EDV-gestützte System macht die Berechnung von Bedarfszahlen verlässlich und vermeidet, dass es zu Qualitätseinbußen kommen kann.

Für die Sanierung/Modernisierung, Neu- und Ersatzneubaumaßnahmen im Bereich der Altenhilfe haben wir jährlich rd. 30 Mio. Euro an Fördermitteln in Form von Zuschüssen und Darlehen zur Verfügung gestellt. Hessen nimmt damit bundesweit einen Spitzenplatz ein. Diese Förderung auf hohem Niveau werden wir fortsetzen. Angesichts der steigenden Zahl an Demenz Erkrankter liegt unser Schwerpunkt bei der Förderung – neben der Sanierung bestehender Einrichtungen – auf der Schaffung von geeigneten Lebensräumen für entsprechend beeinträchtigte alte Menschen. Den besonderen Bedürfnissen und Krankheitsbildern älterer Menschen tragen wir zum Beispiel durch den Ausbau einer qualifizierten Geriatrieversorgung gesondert Rechnung. Auf unsere Initiative hin, wurden im Jahr 2008 die Mittel für Projekte zur gezielten Vernetzung und Zusammenführung von Informationen und Initiativen, die der Weiterentwicklung der Angebote demenzkranker Menschen dienen, um 180.000 Euro erhöht.

Durch die Unterstützung des betreuten Wohnens und alternativer Wohnformen ermöglichen wir es älteren Menschen in ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmtheit leben zu können. Dazu haben wir auch die Hessische Fachstelle für Wohnberatung aufgebaut. Sie hält nicht nur Informationen und Beratung für barrierefreies Wohnen bereit, sondern leistet dies insbesondere auch zu dem Themenbereich „neue Wohnformen im Alter“.

Diese Maßnahmen gewährleisten, dass ältere Menschen trotz beginnendem Hilfebedarf in ihrer Wohnung verbleiben können.

Weiterhin wollen wir noch mehr das betreute Wohnen in Wohnanlagen („wohnen mit Service“) als Alternative zum Heim ebenso wie das gemeinschaftliche Wohnen im Alter oder generationenübergreifendes Wohnen unterstützen. Außerdem wollen wir neue Modelle des Mehrgenerationenwohnens ausprobieren und Seniorengenossenschaften fördern.

Die bedarfsgerechte Ausbildung im Bereich der Altenpflegekräfte werden wir weiter intensiv fortführen. Die Pflegepolitik wird auch weiterhin einen Schwerpunkt in unserer Arbeit bilden.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass Pflegekräfte, insbesondere in der Altenpflege zu äußerst schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Wir fordern eine gute Honorierung für gute Pflege. Das Heingesetz wurde von der Bundesregierung zur Ländersache erklärt. Deshalb muss Hessen Vorreiter werden bei der Überprüfung der Heime. Die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden, die Heimbetreiber verpflichtet werden, die Ergebnisse auszuhängen.“

Planen Sie den Aufbau einer unabhängigen Patienten- und Pflegeberatung?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Damit Pflegebedürftige und ihre Bezugspersonen mit der Organisation der Pflege nicht länger auf sich allein gestellt sind, brauchen wir neben den Pflegestützpunkten sogenannte Case- oder Einzelfall-ManagerInnen. Sie sollen den Pflegebedürftigen und Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite stehen und die Betroffenen quasi anwaltschaftlich bei der Suche nach einem individuell sinnvollen Hilfe-Arrangement, das die häusliche Pflegesituation stabilisiert, begleiten. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Pflegestützpunkte und die Case-ManagerInnen zu einer unabhängigen Pflegeberatung entwickeln, um mögliche Doppelstrukturen zu verhindern. So gibt es bereits die UPD in Gießen, die kommunalen Gesundheitsämter und die Verbraucherzentrale (wenn auch mit eingeschränkten) Beratungsangeboten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Hessen eine transparente, klientenorientierte und bedarfsgerechte Pflegeberatung entsteht und die Landesebene die Sicherstellung einer unabhängigen Pflegeberatung gewährleistet. Inwieweit bestehende Strukturen umorganisiert oder eine neue Stelle einzusetzen ist, werden wir nach der Verabschiedung des neuen Pflegegesetzes entscheiden.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Der Aufbau einer Patienten- und Pflegeberatung ist nach Auffassung der Liberalen nicht notwendig. Das bestehende Angebot sollte nicht durch staatliche Doppelstrukturen verzerrt werden, die die knappen finanziellen Ressourcen belasten. Eine Verzahnung bestehender Angebote mit denen von beispielsweise Verbraucherzentralen erscheint dagegen sinnvoll und ist aus unserer Sicht zu forcieren.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Eine qualitätsgesicherte Weiterentwicklung von bestehenden Beratungsangeboten für ältere Menschen halten wir für notwendig. Nachdem der Bund im Rahmen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen für die Schaffung von Pflegestützpunkten erlassen hat, konnte die CDU-geführte Landesregierung die Einrichtung von Pflegestützpunkten auf den Weg bringen. Dazu wurden über den Landespflegeausschuss mit allen Beteiligten der weitere Auf- und Ausbau von Pflegestützpunkten in Hessen diskutiert. Diese Beratungen wurden ausgewertet und das Hessische Sozialministerium hat die Einrichtung von zunächst 26 Pflegestützpunkten, die anschließend auf bis zu 88 steigen könnten, mit einer Verfügung im Dezember 2008 angestoßen.

In den Pflegestützpunkten werden unter einem Dach von der Beratung über die Betreuung bis hin zur Vernetzung alle pflegerischen, medizinischen und sozialen Leistungen gebündelt. Sie dienen als zentrale Anlaufstelle, in denen Ratsuchende individuelle und umfassende Hilfe finden, eine unabhängige Beratung wird gewährleistet. Auch ehrenamtlich Tätige und Selbsthilfegruppen sollen in die Arbeit der Stützpunkte eingebunden werden. Die Pflegestützpunkte werden mit der Anschubfinanzierung aus dem Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung errichtet. Hessen steht an den Mitteln ein Anteil von knapp 4,4 Mio. Euro zu, jeder Stützpunkt erhält einen Zuschuss von maximal 45.000 Euro. Werden ehrenamtlich Tätige und Selbsthilfegruppen beteiligt, können bis zu 50.000 Euro gewährt werden, dies würde für 88 Stützpunkte in Hessen ausreichen. Die weitere Finanzierung der Pflegestützpunkte ist Aufgabe der Pflegekassen, der Krankenkassen und der beteiligten Stellen, die



für Alten- und Sozialhilfe zuständig sind. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf arbeitet bereits ein Pflegestützpunkt als Modellprojekt.

Ab dem 1. Januar 2009 hat jeder Pflegebedürftige einen Anspruch auf Pflegeberatung. In den einzurichtenden Stützpunkten können alle Angebote rund um die Pflege abgedeckt werden, sie sind ein flexibles Instrument und vernetzen zudem die verschiedenen Leistungsträger miteinander. Bei der konzeptionellen Ausgestaltung und personellen Ausstattung der Stützpunkte in Hessen wird darauf geachtet, dass auch Personen mit besonderem Hilfebedarf – z.B. jüngere pflegebedürftige Menschen und Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund – fachqualifiziert beraten werden.

In diesem Zusammenhang danken wir den Verbraucherzentralen für ihre besonders gute und engagierte Beratung im Bereich Pflege und hoffen, dass sie beim Aufbau von Pflegestützpunkten von den Kommunen, neben den Sozial- und Pflegeverbänden, ebenfalls als Träger berücksichtigt werden.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Das Pflegereformgesetz von 2008 verpflichtet die Länder, Pflegestützpunkte einzurichten. Aber viel zu oft werden diese von den Kostenträgern, also den Pflegekassen, eingerichtet. Diese sind aber nicht unabhängig! Wir wollen, dass im Rahmen der Patientenberatungsstellen oder in öffentlicher Verantwortung solche Stützpunkte eingerichtet werden.“

Planen Sie die Einrichtung eines Kontrollgremiums zur Qualitätssicherung in der Pflege?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Wir werden insbesondere die Heimaufsicht stärken und wir wollen, dass der öffentliche Gesundheitsdienst durch die Unterstützung regionaler Qualitätszirkel/Pflegekonferenzen zur Einhaltung und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards in der ambulanten und stationären Pflege und zur Weiterentwicklung einer regional gegliederten, bedarfsgerechten pflegerischen Versorgungsstruktur beiträgt.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die Einrichtung eines zusätzlichen Kontrollgremiums ist nicht geplant, da wir– wie bereits ausgeführt – für ein transparentes Benchmarking zwischen den Einrichtungen nach bundeseinheitlichen Qualitätskriterien sind.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die Betreuung und Pflege von älteren Menschen findet überwiegend zu Hause statt. Daher muss die Qualitätssicherung möglichst wohnortnah organisiert werden. Viele Kommunen haben aus diesem Grund regionale Qualitätszirkel gegründet. In diesen tragen alle an der Versorgung Beteiligten Verantwortung für die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen vor Ort. Sollten regional übergreifende, strukturelle Problemkonstellationen auftreten, werden diese mit allen Beteiligten auf Landesebene erörtert. Durch die engen Abstimmungen und regelmäßigen Beratungen mit dem Landespflegeausschuss vergewissert sich die CDU-geführte Landesregierung fortwährend über die Beibehaltung des hohen Stands der Pflege in Hessen.“

Planen Sie die Einrichtung einer Schiedsstelle zur Schlichtung von Streitfällen mit Pflegediensten, Pflegekassen und Pflegeheimen?

SPD – Landesverband Hessen (Zu den vier letzten Fragen):

„Der Ausbau der ambulanten Pflegedienste und von Wohnheimen, die heutigen Ansprüchen genügen, ist eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft. Ältere Menschen wollen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden bleiben. Sie sollen die dafür nötige Unterstützung bekommen. Auch die sie pflegenden Angehörigen brauchen mehr Unterstützung. Mit der Reform der Pflegeversicherung werden längst überfällige Dinge in Angriff genommen, wie zum Beispiel die Unterstützung bei Demenzerkrankungen und die Einrichtung von Pflegestützpunkten.“

Patientinnen und Patienten, gerade wenn sie schon etwas älter sind, sind das schwächste Glied in der Kette im Gesundheitswesen. Deshalb sind wir dafür, einen Patientenbeauftragten für Hessen zu schaffen, so wie es das auf Bundesebene schon gibt.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Falls eine Schiedsstelle aufgrund Kostenträgerstreitigkeiten gemeint ist, sind wir der Meinung, dass die gesetzlichen Vorgaben ausreichend sind. Zur Stärkung der Rechte der behinderten und pflegebedürftigen Menschen kann eine Schiedsstelle sinnvoll sein, falls die Pflegestützpunkte Konflikte nicht ausräumen können.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Eine solche Schiedsstelle ist nicht geplant.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Zur Klärung von vertraglichen Streitigkeiten wird schon heute die Schiedsstelle nach § 76 SGB XI angerufen. Das am 1. Juli 2008 in Kraft getretene Pflege-Weiterentwicklungsgesetz sieht eine weitere Schiedsstelle zur Klärung von Streitfragen bei der Qualitätssicherung vor (§ 113 b SGB XI). Die gegebenen rechtlichen Strukturen reichen nach unserer Ansicht derzeit aus. In den regelmäßigen Beratungen mit dem Landespflegeausschuss überprüfen wir diese Einschätzung immer wieder.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (zu den letzten beiden Fragen):

„Wir wollen eine regionale dezentrale Versorgung, bei der die Betroffenen, Leistungserbringer, Kostenträger, Patienten und Angehörigen sich über die Gesundheitsversorgung verständigen. Diese regionalen Gesundheitskonferenzen sollen dann auch die Funktion eines Kontrollgremiums erhalten und den verantwortlichen Behörden zuarbeiten. Für die vielen Streitfälle sind klare Anlaufstellen erforderlich, bei denen Betroffene niedrigschwellige Beratungsangebote erhalten. Hier sind sowohl Patientenberatungsstellen wie auch öffentliche Einrichtungen gut vorstellbar.“



Klimawandel, Energieversorgung und Wasser

Welche Maßnahmen haben Sie geplant, um z.B. die Nutzung klimafreundlicher erneuerbarer Energien in Hessen zu fördern?

SPD – Landesverband Hessen:

„Die SPD Hessen hat ein sehr umfassendes, weit reichendes und vor allem zielgenaues Programm vorgelegt, das nach einem Wahlsieg 2009 umgesetzt werden wird: „Neue Energien für Hessen“. Es ist unter www.spd-hessen.de einsehbar. Damit bewirken wir den effektivsten Klimaschutz, den die Landespolitik direkt ausüben kann.

Ein Punkt, der hier angesprochen werden soll, ist die Gebäudesanierung. Hier muss das Land vorangehen.

Der Wärme- und Kühlbedarf in Gebäuden macht etwa 40 % des gesamten deutschen Energiebedarfs aus. Das bedeutet nicht nur, dass ein Schwerpunkt der Energiewende auf einer bereit angelegten Mobilisierung der fortgeschrittensten Möglichkeiten des gebäudebezogenen Energiesparens und der Nutzung erneuerbarer Energien (Solarenergie, Biomasse, geothermische Energie, Wasserkraft, Windkraft) liegen muss, die nur wenig oder keine Brennstofflasten mehr verursachen. Die dafür erforderlichen gebäudebezogenen Maßnahmen führen nicht zu höheren Kosten für die Bewohner und Nutzer der Gebäude, sondern zur drastischen und dauerhaften Kostensenkung. Die Möglichkeiten dazu gibt es nicht nur in Neubauten, sondern auch im Altbaubestand. Die politischen Schritte zu einer durchgängigen Einleitung der Energiewende im Gebäudebereich sind deshalb nicht nur ein Klimaschutz- und Umweltkonzept, sondern ein unverzichtbares sozialpolitisches Gebot und gleichzeitig ein wirtschaftliches Aufschwungprogramm insbesondere für Bauwirtschaft und -handwerk.

Die Bundesregierung hat mit ihrem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm in Wohngebäuden im Jahr 2006 über 150.000 Wohneinheiten erfasst, das über KfW-Kredite gefördert wurde. Der hessische Anteil daran lag bei 6 %, entsprechend dem proportionalen Bevölkerungsanteil in Deutschland. Mit dem von der Bundesregierung angekündigten Wärmegesetz, das allerdings aufgrund koalitionsinterner Positionsunterschiede auf Neubauten beschränkt sein soll, sollen zusätzliche Impulse gesetzt werden.

Nach unserer Auffassung muss und kann das durch landespolitische Initiativen erweitert werden. Unser Zielbild sind Gebäude, die sich zu 100 % aus erneuerbaren Energien versorgen, unter Einberechnung des Einsatzes von Klein-Blockheizkraftwerken, besonders im Bereich des Gebäudebestandes, womit gleichzeitig ein großer Beitrag zum Ersetzen hessischer Großkraftwerke durch dezentrale Stromerzeugung geleistet wird. Damit entlasten wir gleichzeitig die Städte von Gesundheits- und Umweltgefahren.

Folgende beispielhafte Schritte wird eine von der SPD geführte Landesregierung einleiten:

1. Die Landeshaushaltsordnung wird geändert und ein gesonderter Energiehaushalt vorgeschrieben. Daraus ergibt sich für die gesamte öffentliche Hand die Möglichkeit, bei allen die eigene Energieversorgung betref-

fenden Investitionen die dauerhaft eingesparten Energiekosten in Rechnung zu stellen.

2. Alle Gebäude im Landesbesitz werden energetisch saniert, für alle Neubauten des Landes wird der Null-Emissionsstandard eingeführt. Durch die energetische Gebäudesanierung werden mindestens 50 Mio. Euro der gegenwärtigen Energiekosten für die landeseigenen Gebäude in Höhe von über 100 Mio. Euro eingespart.
3. Die Gemeindeordnung wird geändert und die energetische Verwertung organischer Abfälle zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht.
4. Eine kostenlose Energieberatung wird jedem Hausbesitzer angeboten.
5. Mit den Handwerkskammern wird eine gewerkeübergreifende Fortbildung für klima- und umweltgerechtes Bauen und Bausanierung eingeführt, in Verbindung mit der Vergabe eines Fortbildungszertifikats.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat im Januar 2007 unter dem Namen „ZukunftsEnergie für Hessen“ ein Konzept vorgelegt, mit dem die hessische Stromversorgung bis zum Jahr 2028 vollständig auf Erneuerbare Energien umgestellt werden kann. Auch für die Bereiche Wärmeversorgung und Verkehr haben wir ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, um den Energieeinsatz und insbesondere den Ausstoß an Kohlendioxid zu begrenzen. Insgesamt gehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN davon aus, dass sich der energiebedingte Kohlendioxidausstoß im Land Hessen bis 2020 um 43 Prozent reduzieren lässt.

Zu den Maßnahmen gehören u.a.: Weiterbildungsprogramm für am Bau beteiligte Akteure, 100 Dörfer-Programm Weg vom Öl, Pilotprojekt zur Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz, Förderung von Nahwärmenetzen, Fortbildungsoffensive im Bereich Energie für Landwirte, landesweite Energiesparkampagne, Einrichtung eines hessischen Energieeffizienzfonds, Rückkauf und Umwandlung der hessenEnergie zur hessischen Energie- und Klimaschutzagentur, Standortprogramm für erneuerbare Energien, Forschungsförderung für erneuerbare Energien, Pilotprojekte und Programme zur energetischen Sanierung von Liegenschaften des Landes, der Kommunen und von Geschosswohnungsbauten, Stärkung von Lokale Agenda 21-Aktivitäten etc.

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Im Strombereich sind für die erneuerbaren Energien im Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) hinreichende Rahmenbedingungen geschaffen worden, die deren Ausbau begünstigen. Neben den in festgelegten Vergütungssätzen, die die Erzeugungskosten hinreichend abdecken, besteht eine gesetzliche Abnahmepflicht für diesen Strom, unabhängig davon, ob er zum Zeitpunkt der Erzeugung tatsächlich benötigt wird, oder nicht.

Anders sieht es im Wärmebereich aus, wo zusätzliches Engagement des Landes notwendig ist. Mit der Einrichtung weiterer BioRegioHolz-Regionen wollen wir die Vorreiterstellung Hessens bei der Beheizung öffentlicher Gebäude mit Holz weiter ausbauen; in den geplanten „Modellregionen für erneuerbare Energie“ soll besonderer Wert auf Energieberatung und -dienstleistungen im Rahmen von Contracting-Modellen gelegt werden.

Ebenfalls wird Geothermie vor allem zur Beheizung von Gebäuden zukünftig an Bedeutung gewinnen. Das Land Hessen unterstützt aktuell Probebohrungen in der Oberreinebene, um diese auch zur Stromerzeugung („Tiefegeothermie“) zu nutzen. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass von erneuerbaren Energien nur dann ein positiver Beitrag zum Klimaschutz ausgeht, wenn dadurch der Verbrauch fossiler Energieträger verringert wird. Der bloße Ersatz von Strom aus Kernenergie durch Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse führt sogar im Gegenteil zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen, was anhand von Zahlen des Öko-Instituts in Darmstadt nachzuweisen ist.“

Welche Maßnahmen haben Sie geplant, um den öffentlichen Nahverkehr zu unterstützen und damit den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu fördern?

SPD – Landesverband Hessen:

„Wir messen dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Tat eine besondere Bedeutung auch für den Klimaschutz bei. Wir erwarten auch in Zukunft nicht nur eine ausreichende Förderung vom Bund, damit der ÖPNV seine Bedeutung für die Erschließung der Fläche und als Zubringer zu den Städten und Ballungszentren erfüllen kann. Wir werden auch als Land einen eigenen Beitrag leisten, denn gerade im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs ist das Land nach dem Regionalisierungsgesetz in der Verantwortung. Diese werden wir wahrnehmen. Deshalb werden wir die originären Landesmittel für den ÖPNV stabilisieren und, wenn durch mehr Effizienz Mittel frei werden, werden wir diese im Verkehr reinvestieren. Öffentlicher Verkehr bleibt für uns Daseinsvorsorge. Diese werden wir auch weiterhin unter sich wandelnden Bedingungen sicherstellen mit einer effizienten Organisation, verkürzten Planungszeiträumen, flexiblen und innovativen Angeboten und neuen Finanzierungsformen. Dies erfordert auch ein Einstellen auf neue Verkehrsnachfrager und damit neue Kunden. In den hessischen Verkehrsverbänden existieren bereits attraktive Angebote für Berufs- und Ausbildungs-Pendler, Sportbegeisterte und Kulturinteressierte. Wir wollen das Studententicket langfristig sichern und ein hessenweites, nutzerfreundliches Schülerticket entwickeln, das Zug um Zug eingeführt werden soll. Gleichzeitig soll das Schülerticket als Einstieg in die Entwicklung eines hessenweiten Tarifs dienen.“

Da der demografische Wandel und damit zurückgehende Fahrgastzahlen den ländlichen Raum mit seinen Verkehrsangeboten besonders stark betrifft, muss die Finanzierung des ÖPNV auf Dauer gesichert bleiben. Den Wettbewerb im ÖPNV wollen wir zur Attraktivitätssteigerung, zur Mobilisierung kundengerechter Leistungen und zur Qualitätsverbesserung nutzen. Hierbei steht der Kunde im Mittelpunkt. Dabei setzen wir auf einen fairen und sozial ausgewogenen Wettbewerb, der für alle Verkehrsteilnehmer zu gleichen und fairen Bedingungen organisiert wird. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass dort, wo ÖPNV-Dienstleistungen ausgeschrieben werden, auch die Tarifbindung bei den Verkehrsunternehmen gefordert und anschließend auch durchgesetzt wird.

Im Bahnverkehr benötigt das Schienennetz den funktionierenden Knoten Frankfurt-Hauptbahnhof. Durch eine Reihe von Maßnahmen im Rahmenkonzept Frankfurt Rhein-Main plus soll dieser Knoten leistungsstark werden, was zu höherer Betriebsqualität und -stabilität führt und somit den Schienenverkehr in der Region leistungsfähiger macht. Ergänzend muss durch Tangentialverbindungen der Verkehrsknoten Frankfurt-Hauptbahnhof auf Dauer entlastet und funktionsfähig gehalten werden. Dies

spart für alle Verkehrsteilnehmer Geld und Zeit und entlastet das Straßennetz sowie die Umwelt.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Wir wollen das Angebot an Bussen und Bahnen sowohl in den Ballungsräumen als auch in der Fläche deutlich ausbauen. Dem Erhalt und der Erweiterung der Schienenverbindung als Rückgrat eines leistungsfähigen ÖPNVs kommt dabei auch in der Fläche (z.B. durch den weiteren Ausbau der RegioTram) eine besondere Bedeutung zu. In ländlichen Gebieten wollen wir durch flexible Instrumente wie Rufbusse und Anrufsammeltaxis ein attraktives Angebot erhalten bzw. schaffen. Wir wollen das ÖPNV-Angebot nachts und am Wochenende schrittweise ausbauen. Bereits existierende lokale Nachtverkehre müssen durch regionale Angebote vernetzt und erweitert werden. Um die Kürzung der Regionalisierungsmittel auf Bundesebene zu kompensieren, hatten wir für den Landeshaushalt 2008 20 Mio. € zusätzlich beantragt.

Kundenfreundlichkeit gehört für uns zu einem leistungsfähigen ÖPNV. Wir wollen die Pünktlichkeitsgarantie des Nordhessischen Verkehrsverbunds auf ganz Hessen ausdehnen und in einer Kundencharta Nahverkehr verbindliche Verbraucherrechte verankern. Dazu gehört eine bessere und barrierefreie Information der Reisenden an den Haltestellen oder vor Fahrtbeginn durch Mitteilungen über Verspätungen per E-Mail und SMS.

Wir halten eine Senkung der Fahrpreise um 20 Prozent an Werktagen und um 50 Prozent am Wochenende oder ein kostengünstiges Bürgerticket für erforderlich. Für Schülerinnen und Schüler werden wir analog zum Semesterticket für Studierende ein Schüler ticket einführen, mit dem alle öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Hessen an 365 Tagen im Jahr zu einem sehr viel günstigeren Preis als bislang genutzt werden können.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die bestehenden ICE-Strecken in Hessen, auch die zuletzt gebaute Verbindung Frankfurt – Köln, zeigen eindrucksvoll die Bedeutung der Schieneninfrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung.

Für die Erweiterung der Mobilität auf der Schiene will die CDU die schnelle Planung und Realisierung der ICE-Strecke Frankfurt – Darmstadt – Mannheim und den zeitnahen Ausbau der ICE-Strecke Fulda – Frankfurt voranbringen.

Das wachsende Mobilitätsbedürfnis der Menschen kann nur bewältigt werden, wenn die Qualität des Angebots bei Bussen und Bahnen im Regional -und Öffentlichen Personennahverkehr kontinuierlich wächst. Hier ist Hessen vorbildlich. Der große Zuwachs der Zahl der Fahrgäste belegt den Erfolg des hessischen Weges einer Gleichberechtigung zwischen Individualverkehr und Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV).“

Welche Maßnahmen haben Sie geplant, um den Energieverbrauch der privaten Haushalte zu senken?

SPD – Landesverband Hessen:

„Siehe hierzu die Antwort zum ersten Spiegel punkt. Grundsätzlich gilt: wir werden Anreize setzen, um Energiesparen in jeder Hinsicht attraktiv zu machen.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„S.O.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag (Zu den letzten drei Fragen):

„Um Generationengerechtigkeit zu erzielen, sind Klimaschutz und Ressourcenschonung unbedingt erforderlich. Die FDP setzt sich daher im Sinne einer generationengerechten, liberalen Umweltpolitik dafür ein, dass nachfolgende Generationen akzeptable Lebensbedingungen und ausreichende Rohstoffpotentiale vorfinden werden. Allgemein sind Klimaschutzanstrengungen so zu gestalten, dass zugleich wirtschaftspolitisch sinnvolle Investitionen ausgelöst werden. Für uns gehört zur Generationengerechtigkeit die Schaffung technologischer Optionen dazu. Wir setzen auf mehr Energieeffizienz, auf einen umweltverträglichen, breiten und technologieoffenen Energiemix. Unser Ziel ist es, die fossilen Energieträger nach und nach zu ersetzen. Wir wollen eine Energieproduktion, die den natürlichen Treibhauseffekt nicht verstärkt. Wichtig dabei ist es, die Klimapolitik der Länder, des Bundes und der internationalen Einheiten miteinander zu verzahnen.

Klimafreundliche und erneuerbare Energie in Hessen soll nicht nur, sondern wird auch gefördert. Die FDP hält an ihrem Ziel fest, bis zum Jahre 2015 15 % Anteil regenerativer Energien an der Energieerzeugung zu erreichen.

Ebenfalls nachhaltig zur Erreichung der klimapolitischen Ziele tragen Energieeffizienz und Energieeinsparung bei. Stärker als bisher sollen Energieeinsparung in Gebäuden und die regenerative Wärmegewinnung etwa durch Solarthermik und Erdwärme im Rahmen einer konsistenten Energie und klimapolitischen Gesamtkonzeption erschlossen werden. Hierbei muss der Gebäudesektor und der Wärmemarkt in den Emissionshandel als einem zentralen Instrument mit einbezogen werden.

Versorgungssicherheit, Ressourcenschonung und Klimaschutz können langfristig nur Effekte zeigen, wenn unter Wahrung eines breiten technologieoffenen Energiemixes stärker als bisher auf erneuerbare Energien gesetzt wird.

Ein Schwerpunkt für die FDP ist außerdem die Anwendungsforschung auf dem Gebiet neuer Technologien, die konsequent gefördert und ausgeweitet werden soll. Diese Forschungen sollen sich zielgerichtet auf die Senkung des Energiebedarfs, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Steigerung der Wirtschaftlichkeit neuer Energien richten. Wir setzen uns außerdem für die sofortige Rücknahme der Biokraftstoffbesteuerung ein.

Um Klimaschutz und Versorgungssicherheit gleichermaßen für Hessen zu garantieren, halten wir einen Energiemix unter Einbeziehung der Kernkraft für erforderlich. Eine Laufzeitverlängerung des Kernkraftwerkes Biblis ist notwendig, um bei der Stromproduktion eben diese Sicherheitsziele zu erreichen, bevor die erhofften wirtschaftlichen Verfahren für die CO₂-reduzierte Kohleverstromung und in größerem Umfang erneuerbare Energien als zusätzliche Option zur Verfügung stehen.

Unbestrittenerweise tragen schon die regenerativen Energien zum Klimaschutz bei, sind aber alleine zurzeit noch nicht im Stande, in der hessischen Stromerzeugung den Anteil der Kernenergie von 60 % kurz- oder mittelfristig zu ersetzen. Durch einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie würden bis zum Jahre 2015 zusätzliche CO₂-Emissionen von bis zu 18 Mio. Tonnen pro Jahr erfolgen. Das wäre aus unserer Sicht kein Beitrag zum Klimaschutz Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um Umwelt und Klimaschutz werden der behutsame Umgang mit den Rohstoff- und Energie-

reserven und das sorgfältige Abwägen der Interessen der Menschen der Sicherung von Natur und Umwelt sowie der finanziellen Möglichkeiten immer wichtiger. Ein zukunftsorientiertes Mobilitätsmanagement muss ein Beitrag zur Schonung natürlicher Ressourcen leisten. Der ÖPNV hat hierbei durch die Bereitstellung der Verkehrsdienstleistungen eine unverzichtbare Rolle. Der Anteil des ÖPNV ist insbesondere in den Verdichtungsräumen erheblich zu steigern. Um eine vernünftige Weiterentwicklung zu gewährleisten, hält die FDP es für unerlässlich, dass die Kürzung der Regionalisierungsmittel, die von der Großen Koalition vorgenommen worden sind, umgehend zurückgenommen wird. Ein leistungsfähiges und bezahlbares Verkehrsangebot kann dauerhaft nur durch die Bereitstellung der notwendigen Verkehrswege und der Integration der Verkehrsträger und –mittel gewährleistet werden. Dies ist ein wichtiger Teil der staatlichen Daseinsvorsorge in der abgestuften Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Gerade im Gebäudebestand existieren hohe Einsparpotentiale. Die "Hessische Energiespar-Aktion" bietet vielfältige Energiespar-Informationen für Hauseigentümer, Mieter und Energieberater. Um zusätzliche Anreize zu schaffen, die langfristig durchaus rentablen Investitionen zur energetischen Gebäudemodernisierung anzustoßen, setzen wir uns auf Bundesebene für eine verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen zur energetischen Verbesserung privat genutzten Wohneigentums ein. Im Rahmen unseres zukunftsgerichteten „Aktionsplans Klimaschutz“ ist das „Förderprogramm Energieeffizienz im Mietwohnungsbau“ enthalten. Dieses ist zunächst auf 3 Jahre konzipiert und weist ein Investitionsvolumen von 90 Mio. Euro auf. Gefördert werden mit diesem Programm sowohl die energetische Sanierung von Altbauten wie auch der Neubau mit überdurchschnittlicher Wärmedämmung.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (zu den letzten drei Fragen):

„Ähnlich wie es die Solarsatzung Marburg vorsah, möchten wir für alle Neubau- und Sanierungsmaßnahmen Fördermittel bereitstellen und Auflagen machen, damit der Energieverbrauch gesenkt und die notwendige Energie klimaschonend erzeugt werden kann.

Wir fördern den öffentlichen Nahverkehr und wollen ihn zur Alternative gegenüber dem Individualverkehr ausbauen. Dazu müssen die Preise für den ÖPNV gesenkt, die Taktzeiten der Verkehrsmittel verkürzt werden.

Private Haushalte müssen über die Einsparmöglichkeiten aufgeklärt werden. Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen muss die Energiebilanz der Häuser deutlich verbessert werden.“

Welche Spielräume kann das Land Hessen Ihrer Meinung nach nutzen, um Verbraucher vor dem Missbrauch der Marktmacht von Monopolisten zu schützen?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Heute liegt das Wettbewerbsrecht ganz überwiegend in den Händen der EU und des Bundes. Ergänzend dazu kann das Land Hessen die Energieberatung ausbauen, um die Konsumenten, aber auch die mittelständische Wirtschaft und die Kommunen auf die vielfältigen Möglichkeiten des Energiesparens und auf alternative Energieanbieter



hinzuweisen. Die GRÜNEN fordern deshalb Rückkauf und Umwandlung der Hessen-Energie zur hessischen Energie- und Klimaschutzagentur.

Wichtiger Einfluss des Landes auf die Monopolstruktur besteht im Bereich der Energieerzeugungsanlagen. Durch Förderung von umweltfreundlichen und dezentralen Anlagen zur Nutzung von Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Geothermie kann eine Abkehr von der zentralen Großkraftwerksstruktur erreicht werden. Dadurch wird der Einfluss der großen Stromkonzerne gemindert. In die gleiche Richtung wirkt die Unterstützung von neuen Energieunternehmen, die sich in kommunalem Eigentum befinden, oder auch aus Bürgerinitiativen hervorgehen können.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die gestiegenen Energiepreise belasten die Verbraucher in einem enormen Maße und schmälern das ihnen zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen erheblich. Die aktuellen Ankündigungen der Energieversorgungsunternehmen, die Strompreise zum 01.01.2008 weiter zu erhöhen, wie auch die Preiserhöhungen in der Vergangenheit, sind für die FDP nicht nachvollziehbar. Mittlerweise haben sich die Energiekosten für die Haushaltskunden zu einer Art zweiten Miete entwickelt.

Gleichzeitig sind staatlich aufgezwungene Zusatzlasten auf den Strompreis für die Haushaltskunden seit der Liberalisierung um knapp 70 % gestiegen. Allein das Aufkommen für die erneuerbaren Energien wird von 2006 bis 2007 um rd. 2,4 Mrd. Euro zunehmen. Heute beträgt der gesamte staatliche Anteil am Strompreis über 40 %. Das Bundeskartellamt und die EU-Kommission haben umfangreiche Untersuchungen in die Wege geleitet, um Vorwurf des Missbrauchs der Marktmacht durch die vier großen Energieversorger zu bestätigen.

Im November 2007 wurde die achte Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) im November 2007 verabschiedet. Es sieht u.a. eine Beweislastumkehr vor. Nicht mehr das Bundeskartellamt muss nachweisen, dass die Energiepreise der Energieversorger überhöht sind, sondern die Energieversorger müssen nun nachweisen, dass ihre Preise angemessen sind. Dies wurde von Seiten der Politik als auch vom Bundeskartellamt ausdrücklich begrüßt. Nach Auffassung der FDP ist abzuwarten, in wie weit das novellierte GWB Wirkung entfaltet. Sollte sich herausstellen, dass die bisherigen Regelungen keine oder nur minimale Wirkung entfalten, ist über neue Maßnahmen nachzudenken.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wir wissen nicht erst seit gestern, dass wir als ressourcenarmes Land abhängig von Energieimporten aus anderen Ländern sind. Die steigenden Kosten für Energieimporte belasten Industrie, Wirtschaft und private Haushalte gleichermaßen und treiben die Inflationsrate in die Höhe. Wenn die Politik auch nur geringen Einfluss auf die Importpreise hat, so kann sie aber trotzdem Instrumente schaffen, um der allgemeinen Preisentwicklung entgegenzusteuern.

Die CDU-geführte Landesregierung hat die Genehmigung der Haushaltstarife für die hessischen Stromunternehmen ernst genommen und nicht mehr die Erhöhungsanträge durchgewunken. In den Jahren 2005 und 2006 hat sie keinen Antrag genehmigt, für dieses Jahr wurden lediglich Erhöhungen genehmigt, die die erhöhten Gesteuerungskosten der Erzeuger abdeckten. Möglich wurde dies durch die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes im Jahr 2005, auf das die Landesregierung über den Bundesrat wesentlich Einfluss genommen und hier mit der Genehmigungspflicht der



Netzentgelte ein wirksames Instrument zur Kostensenkung gefunden hat. In 2006 wurden die Strompreise um 15 bis 20 Prozent abgesenkt. Gleichzeitig wurde der Markt weiter liberalisiert und der Wechsel des Stromlieferanten für die Verbraucher vereinfacht.“

Wie werden Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass bei Gas und Strom wettbewerbsorientierte Marktordnungen geschaffen werden und Verbraucherbelange bei der Preisfestsetzung im Gas- und Strommarkt hinreichend Berücksichtigung finden?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Die hessischen GRÜNEN unterstützen die Forderungen unserer Bundestagsfraktion, um mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten durchzusetzen:

- In der gesamten EU muss eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Transportnetze verpflichtend vorgeschrieben werden.
- Es ist gesetzlich zu definieren, welche Unternehmen Transportnetze betreiben dürfen, und welche Unternehmen zukünftig davon ausgeschlossen werden.
- Es sind alle gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, die nötig sind, um eine eigentumsrechtliche Entflechtung auf nationaler Ebene zügig umzusetzen.
- In das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist die Möglichkeit zur Entflechtung von Unternehmen aufzunehmen, die eine marktbeherrschende Stellung innehaben.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Von wesentlicher Bedeutung ist aber, dass der Wettbewerb auf dem oligopolistischen Markt der Stromerzeugung intensiviert wird. Die FDP schließt sich deshalb dem Vorschlag der Monopolkommission an, ein zeitlich befristetes Moratoriums für die Erweiterung von Erzeugungskapazitäten durch die marktbeherrschenden Energieversorgungsunternehmen einzuführen, damit Konkurrenten die Möglichkeit erhalten, eigene Kraftwerkskapazitäten aufzubauen. Wenn die Energieversorgungsunternehmen die grenzüberschreitenden Leitungseingänge beseitigen und/oder der Marktanteil an der Erzeugung erheblich gesunken ist, soll über eine Aufhebung des Moratoriums befunden werden.

Die Entflechtungsvorschläge, der Zwangsverkauf von Kraftwerken, und deren Umsetzung sind mit nicht unerheblichen ökonomischen Risiken und rechtlichen Problemen verbunden. Neben dem tiefen Eingriff in die privaten Eigentumsrechte besteht die Gefahr, dass insbesondere die Investitionsanreize der Netzbetreiber/-eigentümer und der Kraftwerksbetreiber/-eigentümer nachhaltig reduziert werden. Ein derartiges Vorgehen widerspricht dem ordnungspolitischen Leitbild der FDP. Vordringlich ist die Schaffung eines europäischen Energie-Binnenmarktes mit einer deutlich größeren Zahl von Marktteilnehmern und höherer Wettbewerbsintensität.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Der Energiemarkt braucht Wettbewerb, denn dort, wo Wettbewerb herrscht, sind die Preise niedrig, wird Leistung belohnt und Innovation gefördert. Dazu müssen bestehende Marktzutrittsschranken beseitigt und – wo dies nicht möglich ist – notfalls auch eine eigentumsrechtliche Entflechtung verfestigter und teilweise monopolistischer Marktstrukturen durchgesetzt werden. Der Staat muss die Kunden vor dem Miss-



brauch der Marktmacht von Monopolisten schützen.

Die CDU wird sich daher auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass bei Strom und Gas wettbewerbsorientierte Marktordnungen geschaffen werden. Darauf achten, dass günstigere Anbieter Strom und Gas durch die Netze und Leitungen der Energieunternehmen transportieren können. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen weiterentwickeln und um eine Regelung zur Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen ergänzen, so dass die Anzahl der Stromerzeuger deutlich steigt und weiter dafür einsetzen, dass bei Strom und Gas die Last von direkten und indirekten Abgaben merklich abgesenkt wird.“

Wie wollen Sie die dezentrale Energieversorgung unterstützen, um sowohl die Abhängigkeit von den vier Großen zu vermindern sowie eine umweltfreundlichere und effizientere Energieversorgung zu fördern?

SPD – Landesverband Hessen (Zu den drei letzten Fragen):

„Die Situation am deutschen Energiemarkt ist bisher noch zu verbraucher- und wettbewerbsfeindlich. Die monopolartigen Strukturen mit wenigen großen Unternehmen, die mit steigenden Versorgungspreisen für die Endverbraucher steigende Gewinne für ihre Shareholder erwirtschaften, sind in der Tat nicht hinnehmbar. Das Ziel, durch die Liberalisierung des Strommarktes mehr Wettbewerb und damit günstigere Energiepreise für die Verbraucher zu erreichen, ist nicht im wünschenswerten Umfang eingetreten. Die Kapitalverflechtung und Marktmacht hat zu einem enormen Zuwachs bei den großen Energieunternehmen und insbesondere auch den klima- und umweltschädlichen Einsatz und zum Teil Ausbau der klassischen Grundlastkraftwerke Braunkohle und Kernkraft geführt.

Wir unterstützen daher auf Bundesebene zum einen alle Maßnahmen der Bundesnetzagentur und des Gesetzgebers, die zu einer verstärkten Kontrolle und Entflechtung der Energieunternehmen führen. Die Korrekturen bei den Nutzungsentgelten waren ein wichtiger erster Schritt und wir unterstützen alle Maßnahmen, die zu weiteren, verbraucherfreundlicheren Preisbildungen führen. Nach unserer Überzeugung ist dabei eine eigentumsrechtliche Entflechtung von Stromproduktion und Betrieb unabdingbar, um fairen Wettbewerb am Strommarkt zu gewährleisten. Dies wird auch von der EU-Kommission so geteilt und 26 von 27 nationalen Regulierungsbehörden in der EU haben sich für die Trennung von Stromerzeugung und Netzbetrieb ausgesprochen. Zum anderen setzen wir auch weiterhin auf die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien, wie er insbesondere durch das EEG enorme Impulse bekommen hat. Wir halten zudem entschieden fest am Atomausstieg und dem Ausbau einer dezentralen Energieversorgung, um neue Anbieter auf den Markt zu bringen, die mit alternativen Energieprodukten und Kraft-Wärme-Kopplung den großen Energiekonzern im echten Wettbewerb Konkurrenz sind. Wer fairen Wettbewerb im Energiemarkt will, der muss sich für eine grundlegend andere Energiepolitik einsetzen. Auf Landesebene setzen wir daher mit unserem zuvor beschriebenen Landesenergieprogramm auf den Ausbau von Stromerzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energieträgern, wie Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Erdwärme. Das nutzt der Vielfalt und Wettbewerbsentzerrung am Markt und es setzt Beschäftigungsimpulse. Gerade die kleinen, innovativen kommunalen Energieversorger, die ihren Weg aus der Abhängigkeit von den großen Strommo-

nopolisten im Bereich der Eigenstromerzeugung aus erneuerbaren Energien suchen, verdienen unsere volle Unterstützung.

Die SPD bekennt sich aus sozialer Verantwortung und aus ordnungspolitischen Gründen für eine gemischtwirtschaftliche Struktur im Energiemarkt. Wir wollen handlungsfähige Stadtwerke und starke regionale Anbieter. Das Handeln der Landesregierung muss eine Stärkung der dezentralen, kommunalen Energieversorgung und damit einer echten Marktvielfalt zum Ziel haben. Eine SPD-geführte Landesregierung unterstützt deshalb auch die Kommunen des Landes, die ihre Strom-, Gas- und Wassernetze veräußert haben, bei ihren Bemühungen um Netzzrückkäufe. Dazu gehört – mangels einer bundesgesetzlichen Vorgabe – eine landesgesetzliche Regelung, die den von den Nutzergebühren noch nicht bezahlten Restwert zum Rückkaufkriterium macht.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„S.O.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Es kommt darauf an, dass die Zahl der Kraftwerksbetreiber auf dem Stromerzeugungsmarkt vergrößert und dass die Größe des relevanten Marktes durch die Verstärkung der Übertragungskapazitäten zum europäischen Ausland erhöht wird.

Wichtig ist, künftig verstärkt Anreize zu setzen, damit der Bau von neuen Kraftwerken wieder verbrauchsnahe erfolgt. Dies wirkt sich positiv aus auf die Möglichkeit der Nutzung der Kraftwerksabwärme und es entlastet das deutsche Energieversorgungsnetz.

Die dezentrale Energieversorgung im Sinne verbrauchsnahe, kleiner Einheiten, leistet einen weiteren Beitrag zur Reduzierung der Abhängigkeit von den vier Großen und fördert eine umweltfreundlichere und effizientere Energieversorgung. Von eminenter Wichtigkeit ist, dass die Energieversorgung für die Verbraucher bezahlbar bleibt.

Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Ausschöpfung von Energieeinsparpotentialen bleibt eine zentrale Aufgabe der Energiepolitik. Alleingänge im Hinblick auf die Energieversorgung sind im Zeitalter der Globalisierung eine industriepolitische Absurdität. So ist es absurd, dass nunmehr die sichersten Kernkraftwerke der Welt abgeschaltet werden sollen, während unsere EU-Partner unser Land dann umso leichter mit konkurrenzlos preisgünstigerem Atomstrom beliefern können, der zudem meistens in Anlagen mit geringeren Sicherheitsstandards produziert wird. Die FDP Hessen will, dass solche ideologischen Alleingänge umgehend beendet werden. Für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Energiepolitik darf es keine Denkverbote geben.

Ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs wird durch Heizung und Warmwasserversorgung verursacht. Energieeinsparpotentialen im Gebäudebestand sind mit marktwirtschaftlichen Elementen zu erschließen. Nicht Zwang, bürokratische Regelwerke oder Diskriminierung einzelner Energietechniken oder Energieträger sind hierzu die richtigen Instrumente, sondern Beratung, Information, Eigenverantwortung und Setzung von Rahmenbedingungen. Dabei sind die Programme des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sind noch stärker auf Energieeinsparung im Wohnungsbestand auszurichten. Notwendiger Bestandteil der Beratung von Hausbesitzern muss die modellhafte Darstellung technischer Maßnahmen sein, mit denen der energetische Standard von Gebäuden erhöht werden kann. Dem öffentlichen Bereich kommt bei energiesparenden Investitionen eine Vorbildfunktion zu.



Darüber hinaus ist eine praktikable und unbürokratische Lösung zur Stromeinspeisung durch Unternehmen und Privatleute zu finden, um eine sichere Grundlage für dezentrale Energieerzeugung zu schaffen.

Im Zentrum liberaler Energie und Umweltpolitik steht für uns nicht die beharrliche Festlegung auf eine bestimmte Form der Energieerzeugung und deren unverhältnismäßige Subventionierung seitens der Politik, sondern die Schaffung von Rahmenbedingungen, unter denen fairer Wettbewerb um schadstoffarme, kostengünstige, sichere Energieerzeugung stattfinden kann.

Die FDP sieht gute Chancen in Hessen für eine zukünftig stärkere energetische und industrielle Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe. Die Potentiale der energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe sind bedeutend größer als ihre gegenwärtige Nutzung. Bundesweit wurden 2005 nur 4,8% des Primärenergiebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt und nur etwa die Hälfte aus Biomasse. Die FDP spricht sich für eine signifikante Erhöhung der regenerativen Energien und einen Energiemix aus.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Viele regionale Stromversorger und Stadtwerke leiden erheblich unter der alles dominierenden Marktmacht der 4 Oligopolisten. Denn die Stadtwerke und regionalen Stromversorger, die über keine eigene Erzeugung verfügen, müssen Strom überteuert einkaufen. Letztlich sind sie gezwungen, die überhöhten Einkaufspreise auch an die eigenen Kunden weiterzugeben. Das alles wirkt sich sehr schädlich für die deutsche Volkswirtschaft aus. Deshalb tritt die CDU Hessen für niedrigere Strompreise ein. Die Schaffung von Wettbewerb führt tendenziell zu sinkenden Preisen. Der Weg dorthin führt über die Beseitigung der Wettbewerbsbeschränkung in der Stromerzeugung.

Die CDU setzt im Bereich der Erneuerbaren Energien auf ihren kontinuierlichen, schrittweisen, nachfrageorientierten Ausbau. Unser Ziel ist es, den Anteil dieser Energien bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent am Endenergieverbrauch zu erhöhen.

Im jüngsten Vergleich der Bundesländer liegt Hessen hinsichtlich der Nutzung der Sonnenenergie im bundesweiten Spitzenfeld: Bei Stromgewinnung mittels Photovoltaik belegt Hessen Platz 3 und bei der solaren Wärmenutzung für Brauchwasser und Heizung Platz 4. Die installierte Photovoltaikleistung in Hessen betrug nach den aktuellen Zahlen für 2006 rund 149 Megawatt. Im Jahr 2000 waren es in Hessen noch 2,5 Megawatt. In den Jahren 2000 bis 2006 – also in unserer Regierungszeit – hat sich die installierte Leistung folglich ver60facht! Spitzenreiter ist Hessen im bundesweiten Vergleich weiterhin beim Ausbau der Wasserkraft und bei der Nutzung der Geothermie für Heizzwecke liegt Hessen auf Platz 3.

Hervorzuheben ist ebenfalls der Bereich der Forschungs- und Entwicklungsausgaben für erneuerbare Energien, wo Hessen im Bundesvergleich die zweithöchste Summe insgesamt investiert und bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt immerhin den vierthöchsten Anteil aller Bundesländer für diese Zwecke aufwendet. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Biorohstoffe. Hier ist die Anzahl der bundesweit Beschäftigten in den Jahren 2004 bis 2006 mit 60 Prozent am stärksten im Bereich der Erneuerbaren Energien gewachsen.

In Hessen produzieren 85 Biogasanlagen mit 30.892 kW elektrischer Leistung (Stand: Oktober 2008). Unter unserer Regierungsverantwortung wurde die An-



zahl der Biogasanlagen verzehnfacht und deren Leistung gar um das 15fache gesteigert.

Das sind belegbare Erfolge unserer Politik. Wir setzen auf einen nachfrageorientierten Ausbau Erneuerbarer Energien dort, wo er sinnvoll und möglich ist. Wir setzen auf den Markt. Wir setzen auf einen ökologischen sowie ökonomischen Energiemix aller verfügbaren Energieträger!“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (zu den letzten drei Fragen):

„Die Linke will die ehemals öffentlichen Wasser-, Gas- und Energiebetriebe zurück in kommunale Verantwortung stellen. Wir sind nicht der Meinung, dass hier in diesem Bereich ein freier Markt zu einem sozial verträglichen Wettbewerb führen wird. Solange wir uns mit dieser Vorstellung nicht durchsetzen können, müssen die staatlichen Kontrollen unter Anwendung des Kartellrechts verschärft werden. Wasser, Gas und Strom sind Grundbedingungen für ein menschenwürdiges Leben. Diese müssen allen zu akzeptablen Preisen zur Verfügung gestellt werden.“

Welche Maßnahmen wollen Sie zur Sicherung der Trinkwasserversorgung in hoher Qualität und zu angemessenen Preisen durchführen?

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Trinkwasser erfüllt in Hessen höchste Qualitätsansprüche, die es zu halten gilt. Da die Flächennutzung in den Einzugsbereichen der Trinkwasseranlage erheblichen Einfluss auf die Grundwassermenge und –qualität hat, setzen wir auf freiwillige Kooperationen zwischen Grundstücksbewirtschaftern und begünstigten Wasserversorgern. Über vertragliche Vereinbarungen werden die Kriterien zur Grundstücksbewirtschaftung als Wasserdienstleistung festgehalten.

Um die hessischen Wasserverbraucher vor ungerechtfertigt hohen Preisen zu schützen werden wir auch weiterhin Wasserpreise genau unter die Lupe nehmen und die Wasserversorgungsunternehmen zu mehr Kostenbewusstsein anhalten.“

Welche Konzepte haben Sie für den schonungsvollen Umgang mit der Ressource Wasser?

SPD – Landesverband Hessen (Zu den beiden letzten Fragen):

„Wir werden Technologien fördern zum schonungsvollen Umgang mit dem Lebensmittel Wasser, zur Vermeidung unnötigen Wasserverbrauches im Produktionsprozess und in Gebäuden sowie zur Wasserreinigung und –rückgewinnung.

Zudem wollen wir durch die Ersetzung von Atom und Kohle durch Regenerative Energien den Wasserverbrauch im Rhein-Main-Gebiet erheblich zusätzlich senken.

Mit der Wieder-Einführung der Grundwasserabgabe werden wir auch Einsparprogramme finanzieren.

Umfassender Naturschutz, wie er mit uns in Hessen wieder praktiziert werden wird, ist auch Wasserschutz, beginnend bei der Flächennutzung und endend in der Forstpolitik. Hier werden wir einige Weichen entscheidend anders stellen als dies gegenwärtig der Fall ist.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen (Zu den beiden letzten Fragen):

„Mit der Wiedereinführung einer Gewässerschutzabgabe als marktwirtschaftlichem Lenkungsinstrument und den in der Regierungszeit von GRÜN-rot geförderten Wassersparprogrammen wollen wir den Wasserverbrauch weiter drosseln und gleichzeitig verschiedene ökologische Programme finanzieren – von Klimaschutz- und Energiesparprogrammen über Bodenentsiegelungsmaßnahmen bis hin zum Kulturlandschaftsprogramm. Durch Modernisierungsmaßnahmen von Wasserkraftanlagen kann gleichzeitig die Qualität der Gewässer verbessert werden.

Für den Landeshaushalt 2008 hatten wir 6 Mio. € zusätzlich für die Renaturierung von Gewässern und damit den Hochwasserschutz sowie zusätzlich 3 Mio. € für die Sicherung und Verbesserung der Grundwasservorkommen beantragt.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Im Gegensatz zu Rot und Grün, die den Verbrauch des Nahrungsmittels Nr. 1 mit einer Abgabe belegen wollen, setzen wir auf die Eigenverantwortung des mündigen Bürgers, die letztlich dazu geführt hat, dass der Wasserverbrauch immer weiter absinkt. Es gilt dabei, tunlichst darauf zu achten, dass nicht mehr Wasser entnommen wird, als nachgeliefert werden kann, um die Nachhaltigkeit zu wahren.“

Wie stehen Sie zur Privatisierung der Wasserversorger bzw. welche Bedingungen und Garantien müssen private Versorgungsunternehmen erfüllen?

SPD – Landesverband Hessen:

„Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen wird von uns abgelehnt. Sie liegt weder im Interesse der Allgemeinheit noch der Kommunen oder der mittelständischen Wirtschaft. Die Wasserversorger selbst müssen mehrheitlich in öffentlicher Hand bleiben.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Die hessischen GRÜNEN unterstützen die Positionen unserer Bundestagsfraktion: Wasserpolitik muss dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Ziel einer solchen zukunftsfähigen Wasserpolitik muss eine dauerhaft umwelt- und gesundheitsverträgliche, sozial gerechte und ökonomisch tragfähige Bewirtschaftung des Wassers sein. Ein liberalisierter Wassermarkt, der sich in erster Linie an ökonomischen Kriterien wie Gewinnmaximierung orientiert, ist nicht mit dem Leitbild einer nachhaltigen Wasserwirtschaft vereinbar. Die Wasserversorgung hat einen hohen Stellenwert für Gesundheits- und Umweltschutz und stellt ein natürliches Monopol dar. Deshalb sollte die grundsätzliche Verantwortung und Kontrolle der Wasserbewirtschaftung in den Händen der Kommunen bleiben.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag (Zu den letzten drei Fragen):

„Wasser ist in der Tat ein grundlegendes Nahrungsmittel, dennoch ist Hessen kein wasserarmes Land – im Gegenteil. Dies ist dennoch kein Aufruf zur Verschwendung, sondern im Gegenteil eine für den sorgsam Umgang damit. Die FDP hält nichts davon, Wasser künstlich zu verteuern, beispielsweise mit Hilfe einer Grundwasserabgabe, wie sie von SPD und Grünen geplant ist und die lediglich die Verbraucherinnen und Verbraucher zusätzlich belastet, ohne dass sie einen echten Mehrwert davon haben. Zu der Frage, welche Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung in hoher Qualität und zu angemessenen Preisen durchgeführt werden sollten, wäre zum Einen



zu antworten, dass wir die Trinkwasserversorgung in Hessen nicht für gefährdet halten, so dass sie auch nicht gesichert werden muss, und wir zum anderen von der derzeitigen Qualität in den allermeisten Fällen überzeugt sind.

Wie sich die Preisgestaltung verändert, wenn eine Gemeinde eigenverantwortlich beschließt, die Wasserversorgung zu privatisieren, lässt sich pauschal nicht beantworten. Sowohl die Wasserversorgung als auch die Abwasserentsorgung sind beides Bereiche, in denen prinzipiell eine Privatisierung möglich ist. Dass es dabei eine Qualitätsgarantie und -kontrolle geben sein muss, erklärt sich von selbst. Einen solchen Privatisierungsschritt entscheidet letztlich aber die Kommune selbst.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wir stehen für eine Konzentration der Landesverwaltung auf ihre Kernaufgaben und streben an, dass sich der Staat überall dort zurückhält, wo Private bestimmte Aufgaben genauso gut oder sogar besser erfüllen können, wie staatliche Stellen. Um dies zu gewährleisten, hat vor einer Aufgabenübertragung eine sorgfältige Prüfung stattzufinden, ob sich hierdurch die gewünschten Effekte auch erreichen lassen. Aus diesem Grund haben wir gesetzlich geregelt, dass die Gemeinden die Verpflichtung zur Versorgung mit Trinkwasser auf private Dritte übertragen können. Voraussetzung dabei ist, dass diese Übertragung befristet wird und mit einem Widerrufsvorbehalt zu versehen ist. Die Übertragung darf nur dann erfolgen, wenn

1. der Dritte fachkundig, zuverlässig und leistungsfähig ist,
2. die Erfüllung der übertragenen Pflichten dauerhaft sichergestellt ist und
3. der Übertragung keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (zu den letzten drei Fragen):

„Jahrzehntelang wurde in Deutschland verschwenderisch mit Wasser umgegangen. Kostbares Trinkwasser wird verschleudert, um Toiletten zu spülen, Fußböden zu reinigen oder Maschinen zu kühlen. Die Linke will ein paralleles Brauchwassernetz aufbauen, Wasser effektiv aufbereiten und die Bereitstellungspreise niedrig halten. Eine Privatisierung der Wasserversorger macht diese Schritte nahezu unmöglich. Wir lehnen schon deshalb die Privatisierung ab.“

Neue Medien und fortschreitende Digitalisierung

Welche medienpolitischen Schwerpunkte wollen Sie angesichts der stetig voranschreitenden Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien setzen?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Medienpolitik im 21. Jahrhundert muss dafür sorgen, dass die Menschen mit den immer umfangreicher werdenden Angeboten verantwortlich und souverän umgehen können. Dies bedeutet für die Landes-Medienpolitik, dass allen Bürgerinnen und Bürger Hessens Angebote gemacht werden müssen, mit denen sie Medienkompetenz erwerben können. Die derzeit in Hessen von der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien gemachten Angebote sind gut, jedoch bei weitem nicht ausreichend.

wahlprüfsteine – antworten der fraktionen

Durch die Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes im Frühjahr 2007 durch die derzeitige CDU-Mehrheit im Hessischen Landtag sind zudem die knappen Mittel nochmals gekürzt worden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in der Regierungsverantwortung dafür sorgen, dass die Änderungen des Privatrundfunkgesetzes umgehend aufgehoben werden, damit der ursprüngliche Mittelansatz wieder zur Verfügung steht. Dies sind mindestens eine Million Euro pro Jahr mehr für diese Aufgabe. Darüber hinaus werden wir die Medienkompetenzvermittlung in den hessischen Schulen und Jugendeinrichtungen deutlich ausweiten, um unserem Ziel eines souveränen Mediennutzers, der auch hinter die Kulissen schaut, näher zu kommen.

Dies gilt sowohl für die klassischen Medien wie Zeitungen und Rundfunk wie auch neue Medien wie Internet und Computerspiele.

Daneben werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür sorgen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Hessen ohne politische Beeinflussungen seinem Informationsauftrag nachkommen kann. Die Qualitätsangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind immer noch Referenzmaßstab für die Angebote der Privatsender. Hier muss jedoch immer wieder neu sichergestellt werden, dass um der Quotenerfolge willen es nicht zu einer Verflachung des Programms kommt.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Liberale Medienpolitik baut auf Wettbewerb, denn dieser setzt Kreativität frei, sorgt für Pluralismus und Effizienz und schafft langfristig Arbeitsplätze. Deshalb geht es uns darum, die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb an die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien anzupassen und den Medienstandort Hessen für die Zukunft wieder fit zu machen.

Insbesondere durch die zunehmende Digitalisierung sowie die Konvergenz der Medien werden die Grenzen zwischen Rundfunk und anderen Informationssystemen zunehmend verschwimmen. Im Grunde kann man kaum noch von verschiedenen Programmen sprechen, wenn die Anbieter ihre Programme Online platzieren, sodass sie jederzeit an jedem Ort der Welt über die verschiedenen technischen Möglichkeiten abgerufen werden können. Wir stehen daher für einen funktionierenden Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und dem privaten Rundfunk und sehen in den neuen Informationstechnologien große Chancen für die Bürger und die mittelständische Wirtschaft. Daher setzt sich die FDP beispielsweise dafür ein, das Verbot regionaler Werbefenster aufzuheben und regionale Werbung zu ermöglichen.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Das Internet bietet heute die besten Informationsmöglichkeiten. Jeder Mensch hat heute Zugriff auf große Teile des Weltwissens. Dieses möchten wir gerne unterstützen. Aber die Schattenseite dieser Entwicklung ist die bisher relativ leichte Möglichkeit der kriminellen Nutzung des Netzes. Wir brauchen schärfere Kontrollen, damit bspw. Kinderpornografie oder rassistische Hetze keine Verbreitungsmöglichkeiten im Netz finden.“

Wie wollen Sie gegen unlautere Anbieter vorgehen bzw. Verbraucherrechte diesbezüglich stärken?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden bei einer Regierungsbeteiligung für einen deutlich verbesserten Verbraucherschutz sorgen. Dazu werden wir die Kompetenzen des Ministeriums stärken und die Arbeit der Verbraucherzentrale Hessen finanziell besser unterstützen als dies unter der Koch'schen CDU-Regierung der Fall ist.

Unlautere Anbieter müssen sanktioniert werden und zwar so, dass sie es sich bei künftigen Fällen sehr genau überlegen, ob sie es noch mal probieren. Wichtig ist insbesondere, dass Verstöße gegen die Wettbewerbsgesetze öffentlich gemacht werden. Wenn es hierzu im Einzelfall bundesrechtliche Hinderungsgründe geben sollte, werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch Bundesratsinitiativen Hessens dafür sorgen, dass sich der Bundesgesetzgeber mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen muss. In der Vergangenheit hat sich mehrfach gezeigt, dass die CDU und die von ihr geführten Landesregierungen immer wieder versucht haben, Vorstöße für einen besseren Verbraucherschutz des damals GRÜN-geführten Verbraucherschutzministeriums auf Bundesebene zu hintertreiben. Trotzdem konnten Schritt für Schritt Verbesserungen umgesetzt werden. Auf diesem Weg werden wir weiter gehen.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„In diesem Zusammenhang gewinnt die Förderung und Stärkung der Medienkompetenz große Bedeutung. Nur wer im Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien geschult ist, wer entsprechende Angebote bewerten und sich aus allen zugänglichen Quellen Informationen beschaffen kann, ist in der Lage, lautere und unlautere Angebote voneinander zu unterscheiden.

Wir setzen uns daher dafür ein, die Förderung medienpädagogischen Unterrichts in Hessen durch die Bereitstellung einer modernen Ausstattung zur eigenen Herstellung von Medienprodukten weiter zu verbessern und die Aus- und Weiterbildung von Lehrern zu intensivieren. Ferner möchten wir die Medienkompetenz durch neue landesweite Programme oder die Verstärkung vorhandener Programme wie Schulen ans Netz, Telelearning oder auch Senioreninitiativen im Internet fördern. Vor allem die jüngere Generation muss zu einem eigenverantwortlichen und kritischen Umgang mit Medien befähigt werden.

Ferner treten wir dafür ein, die zivilrechtlichen Ansprüche der Bürger auf Unterlassung, Widerruf und Schadensersatz übersichtlicher und praktikabler zu gestalten.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die bestehenden gesetzlichen Regelungen reichen nicht aus, um Verbraucher vor Betrug zu schützen.“

Wie werden Sie den Übergang der klassischen analogen Medien, wie Radio und TV, in das digitale Zeitalter begleiten und fördern? Welche Unterstützung erhalten Verbraucher, um sich in diesem unübersichtlichen Markt zu orientieren (unabhängige Verbraucherinformationen)?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Wichtig beim Übergang von den klassischen Medienangeboten zu den Möglichkeiten des digitalen Zeitalters ist, dass es nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft bei den Nutzungsmöglichkeiten kommt. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine Spaltung zwischen klassischen und "neuen" Mediennutzern nicht hinnehmbar. Aus diesem Grund halten wir es deshalb für wichtig, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter attraktive Internetangebote bereithalten, die ihre Informationsangebote abrunden und insbesondere auch jüngere Nutzerinnen und Nutzer ansprechen. Um sich über die immer unübersichtlicher werdenden Angebote zu informieren, brauchen wir verlässliche objektive Verbraucherinformationen, um Licht in den Dschungel der Angebote zu bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten dies für eine Aufgabe der Verbraucherzentralen, die dafür eine ausreichende Mittelausstattung erhalten müssen.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Wie bereits dargestellt sieht die FDP in den neuen Informationstechnologien große Chancen sowohl für die Bürger als auch für die mittelständische Wirtschaft. Dies ist jedoch nur dann zu realisieren, wenn der rasante technische Fortschritt für die Nutzer auch handhabbar und durchschaubar bleibt. Auch insoweit ist die Stärkung und Förderung der Medienkompetenz zu nennen, um den Übergang für die Mediennutzer zu erleichtern. Wir denken, dass mit den Verbraucherzentralen und weiteren existierenden unabhängigen Institutionen zur Verbraucherinformation ein ausreichendes Angebot besteht.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Infolge der digitalen Technologie sind den klassischen Medien (Presse, Hörfunk, Fernsehen und Film) neue Herausforderungen erwachsen. Digitalisierung ändert Steuerungsmöglichkeiten des Nutzerverhaltens, bedarf angesichts fortschreitender Kommerzialisierung und Konzentration einer neuartigen medienrechtlichen Regulierung. Finanzinvestoren bemächtigen sich in immer größerem Ausmaße des Medien- und Pressesektors. Rentabilitätsdruck zeitigt im Ergebnis eine weitere Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung. DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Deren Nutzung muss unabhängig von Herkunft und Einkommen erfolgen können. Mitbestimmung durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien, Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung sind zentrale Ziele unserer Medienpolitik. In der digitalen Welt ist die Freiheit des Wissens zu verteidigen. Offene und freie Systeme wie das Internet, Open Source und Freie Software, aber auch Freie Medien wie Bürgerfunk, Offene Kanäle und drahtlose Bürgernetze, können als Plattformen zur freien Selbstorganisation, zur Umgehung von Konzernzwängen und Meinungsmacht genutzt werden. Wir lehnen Filtermaßnahmen im Internet

durch Zugangsanbieter oder staatliche Stellen grundsätzlich ab. Zudem ist die Aufsicht über das Netz zu internationalisieren.“

Wie wollen Sie die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher z.B. hinsichtlich der Übertragungswege in ländlichen Gebieten sichern?

SPD – Landesverband Hessen (Zu den vier letzten Fragen):

„Kultur und Medien

Der gesellschaftliche Wandel ist heute eng mit der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie verbunden. Die Arbeitswelt wird ebenso deutlich von den modernen Medien beeinflusst wie der Alltag der Bürgerinnen und Bürger, Kultur und Kunst, Politik und Wirtschaft.

Die SPD in Hessen will die Rahmenbedingungen für eine medientechnologische Entwicklung schaffen, die vor allem den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Eine zukunftsorientierte Medienpolitik muss sich an der Chancengleichheit im Umgang mit den Medien und der aktiven Teilhabe an den Medien orientieren. Mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wollen wir deshalb einen besonderen Schwerpunkt auf die Medienpolitik als zentrale Zukunftsaufgabe legen.

Wir wollen die in Hessen bestehenden vielfältigen Strukturen von Einrichtungen und Angeboten, die sich mit Medien beschäftigen, weiterentwickeln, mit dem Ziel der Vernetzung aller medienpädagogischen Aktivitäten in einem Forum „Medienkompetenz“. Wir wollen uns zukünftig vor allem stärker als bisher auf die Anwender und Nutzer von Medien konzentrieren. Wir werden deshalb Medienpädagogik und Medienerziehung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

Der Kommunikationswirtschaft kommt in Hessen eine wachsende Bedeutung zu. Den weiteren Ausbau Hessens als Medienstandort werden wir nach Kräften unterstützen. Wir wollen Hessen auf Dauer als den Standort für Film und Effekte in Europa etablieren.

Wir wollen mit einem Modellprojekt zur langfristigen Sicherung der Filmkultur in kommunalen und mittelständischen Programmkinos mit einmaligen, für Technik und Umbau spezifizierten Investitionsmaßnahmen auch deren Existenz im Übergang zum digitalen Kino sichern.

Die Zukunft der Branchen wollen wir außerdem durch eine reformierte Filmförderung stärken. Wir werden eine Initiative starten, die besonderen Wert auf kulturelle Filmförderung setzt. Dazu wollen wir bewährten Filmfestivals, insbesondere in mittleren Städten und auf dem Lande, Planungssicherheit verleihen. Die von uns entwickelte wirtschaftliche und kulturelle Filmförderung muss im Rahmen der Medienpolitik eine Bestandsgarantie unter Einbeziehung neuer, konkreter Zielvorgaben erfahren.

Wir wollen eine Stärkung der Ausbildung auf unterschiedlichen Ebenen und eine Aufwertung der Hochschulen, die den Nachwuchs der hessischen Filmproduktion sichern. Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für die schulische und außerschulische sowie die universitäre und die berufliche Bildung im gesamten



Medienbereich müssen weiterentwickelt werden – auch in bestehenden Einrichtungen.

Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist wesentlicher Bestandteil einer zunehmend aufgefächerten Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Nur durch das duale Rundfunksystem, bestehend aus dem Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, können auch bei zunehmender Konvergenz und Digitalisierung die öffentliche Meinungsbildung und Informationsvielfalt sowie die Programmqualität gewährleistet werden.

Der Hessische Rundfunk (HR) als öffentlich-rechtlicher Landessender soll auch in Zukunft die Entwicklungsmöglichkeiten erhalten, die er aufgrund der rasch fortschreitenden technischen und gesellschaftlichen Entwicklung benötigt. Dazu gehört unter anderem die Schaffung von Angeboten im Internet.

Die regionalen Dritten Programme der ARD-Anstalten sind als Teil der Grundversorgung zu erhalten.

Durch die Rundfunkgebühren müssen die Qualität öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die vielfältigen Fördermöglichkeiten der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR) erhalten und fortentwickelt werden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Hessen muss dem veränderten Zuschauerverhalten auch insofern Rechnung tragen, als dass die Rückmeldungen und Vorschläge von Zuschauerinnen und Zuschauern stärker berücksichtigt werden und auch Möglichkeiten eröffnet werden, dass diese sich auch mit Inhalten in das Programm einbringen können.

Die SPD wird im Rahmen einer Novelle des HPVG die Rechte der freien-festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks verbessern.

Privater Rundfunk

Die SPD wird eine Novelle des Hessischen Privatrundfunkgesetzes erarbeiten. Deren Ziel ist die Stärkung der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR). Dies soll auch durch eine repräsentativere Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen und einer geschlechtergerechten Vertretung in der Versammlung der LPR gewährleistet werden.

Die Einrichtungen des Bürgerrundfunks in Hessen (Offene Kanäle und Nicht-kommerzielle Lokalradios) werden in ihrem Bestand gesichert und optimiert.

Medienkompetenz stärken

Wir wollen die in Hessen bestehenden vielfältigen Strukturen von Einrichtungen und Angeboten, die sich mit Medien beschäftigen, mit dem Ziel der Vernetzung bündeln und weiterentwickeln.

Die SPD wird die Stärkung von Medienkompetenzangeboten vorrangig im Bildungs- und Erziehungsbereich verfolgen. Bestehende Angebote werden besonders hinsichtlich ihres Beitrags zur Qualifikation der Lehrkräfte und Lernmittel evaluiert. Der Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR), die hier bereits über gute Erfahrungen verfügt, kommt eine besondere Bedeutung zu.

Einen Schwerpunkt wird die SPD auf den Umgang von Kindern und Jugendlichen mit dem Internet richten. Wir werden deshalb Medienbildung und Medien-

erziehung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien als Maßnahme eines präventiven Jugendmedienschutzes nachhaltig fördern. Für einen bewussten Umgang mit ihren persönlichen Daten im Internet sollen vor allem junge Menschen stärker sensibilisiert werden. Wir wollen die Verbraucherorganisationen im Hinblick auf Informationen über Medien und Gebrauch von Medien stärken.

Verbraucherschutz

Im Bereich Internetkriminalität besteht seit nunmehr mindestens sechs Jahren in Hessen Handlungsbedarf. Seit der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für Hessen aus dem Jahr 2002 verzeichnet die Statistik stark steigende Deliktzahlen für diesen Bereich. Gerade im Bereich Waren- und Warenkreditbetrug ist seit Jahren eine Zunahme zu beobachten, die auf Tatgelegenheiten durch das Internet beruht. Notwendig ist zum einen, dass zum einen im Rahmen der Polizeiausbildung das Thema „Internetkriminalität“ für alle Polizeianwärter thematisiert wird. Es reicht nicht aus, dass landesweit 35 spezialisierte Polizeibeamte auf einzelne Polizeipräsidien verteilt werden. Jeder Beamte vor Ort muss kompetent sein, um eine Anzeige zu Internetbetrug, Datenmissbrauch oder vergleichbaren IT-Delikten qualifiziert aufzunehmen, indem er u.a. dem Anzeigersteller vermitteln könne, welche Daten zur weiteren Beweissicherung und Strafverfolgung unbedingt erforderlich seien. Leider fehle diese Information oft vor Ort, so dass wichtige Ermittlungsansätze unwiederbringlich verloren seien. Richtig ist aber auch, dass im Bereich Prävention dringend Aufklärungskampagnen umgesetzt und die Bevölkerung sensibilisiert werde. Leider rächt es sich aber auch hier, dass durch die „Operation düstere Zukunft“ viele Beratungsstellen in Hessen schließen mussten. Die SPD wird in Zukunft den Verbraucherschutz stärken, denn das ist der kurze Weg, um die Bürgerinnen und Bürger in Hessen effektiv zu beraten, wenn sie Opfer von Internet-Straftaten geworden sind. Das Ziel der SPD ist, dass zukünftig Verbraucherschutzzentralen noch stärker über Internetabzocker – auf die oftmals Jugendliche hereinfliegen –, über unliebsame Überraschungen bei Versteigerungen im Internet, über Telefon-Mehrwertdienste, den Schutz vor SPAM und Phishing, über Online-Beschwerdestellen oder die Folgen von Premium-SMS aufklären.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Landesfraktion Hessen:

„Bei der Einführung des digitalen-terrestrischen Fernsehens in Hessen wurde für alle sichtbar offen gelegt, dass es eine Spaltung zwischen den Ballungsregionen, die auch von privaten Anbietern mit DVB-T Angeboten versorgt werden, und den ländlichen Regionen, in denen nur öffentlich-rechtliche Programme per DVB-T empfangen werden können, gibt.

Gleiches zeigt sich bei der Versorgung mit DSL-Datenleitungen, wo selbst in manchen Randbezirken von großen Städten kein Angebot verfügbar ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb in der Regierungsverantwortung dafür sorgen, dass DSL-Verbindungen überall in Hessen verfügbar sind. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass in den ländlichen Regionen diskriminierungsfrei am Wirtschafts- und Medienleben teilgenommen werden kann. Ein mit schnellen Datenübertragungsraten funktionierendes Internet ist heute so wichtig wie es früher ein Telefonanschluss war. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen dies als Teil des Infrastrukturauftrags des Staa-



tes, der in Hessen von der CDU-Landesregierung bisher nicht wirkungsvoll angepackt worden ist.“

FDP Fraktion im Hessischen Landtag:

„Die FDP steht neuen technischen Entwicklungen zunächst offen gegenüber. Dies bedeutet auch, dass ländliche Gebiete von diesen neuen technischen Möglichkeiten nicht dauerhaft abgeschnitten sein dürfen. Auf der anderen Seite ist es aus unserer Sicht nicht Aufgabe des Staates, dafür Sorge zu tragen, dass aus betriebswirtschaftlicher Sicht der Anbieter völlig unrentable und mittel- bis langfristig nicht tragfähige Projekte durch staatliche Subventionierung bzw. staatliche Reglementierung künstlich am Leben zu halten. Sicherlich bedarf es in begründeten Ausnahmefällen auch der staatlichen Unterstützung, wie beispielsweise bei der Einführung von DVB-T in Hessen. Dabei kann und darf es sich aber lediglich um eine zeitlich befristete Anschubfinanzierung handeln.“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag (Zu den vier letzten Fragen):

„Vorbemerkung: Die Einführung von DVB-T (2003/2004) liegt durchaus einige Zeit vor der Entwicklung von MPEG 4, DVB-H oder IP-TV. Richtig ist aber, dass alle Verbraucher derzeit mit einer Vermehrung von Rundfunkverbreitungsmöglichkeiten konfrontiert sind, aber diese „neue Unübersichtlichkeit“ auch zu vermehrter Verunsicherung führen kann.

Zu den medienpolitischen Fragen: Die CDU hat mit der Unterstützung der Neufassung des § 57 Abs. 2 HPRG im Rahmen der Novellierung des HPRG im Jahre 2007 Schwerpunktverschiebungen vorgenommen: Die LPR Hessen soll Medienstandort-Förderung betreiben (siehe z.B. Nordig für Nordhessen) und die „Neue Technologien“- und Infrastrukturförderung intensivieren. Zudem begrüßt die CDU, dass die Länder mit dem 10. RfÄndStV gerade erst einen Staatsvertrag verabschiedet haben, der Mindeststandards im Hinblick auf die Belegung neuer Plattformen enthält und damit durchaus auch eine genuin verbraucher-schützende Funktion entfaltet.“

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag:

„Information ist zu einer entscheidenden Ressource geworden. Zugang zur Wissensproduktion, Einsatz und Auswahl von Informationen entscheiden darüber, von wem und wie die Netzwerke digitaler Kommunikation künftig beherrscht werden. Der Zugang zu Kommunikation und Information sowie deren Aneignungsformen berühren Grundfragen demokratischer Beteiligung. Transparenz, Partizipation und Chancengleichheit sind für uns handlungsleitende Maxime. Deshalb brauchen wir die „digitale Grundversorgung“ - das Breitband-Internet muss flächendeckend ausgebaut werden.“